Der Lübecker Volksbote erscheint am Nachmittag jedes Werktages. Der Abonnementspreis beträgt b. Lieferung durch Boten frei Haus für die Woche vom 13. bis 19. Jan. 55 Goldpfg. Einzelverkaufspreis: 10 Goldpfennige.
Redaktion: Johannisstraße 46.
Fernruf { 905 nur Redaktion. 926 nur Geschäftsstelle.

Anzeigengebühr für die achtgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Goldpfennige, auswärtige 25 Goldpfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 15 Goldpfennige, Reklamen 80 Goldpfennige.
Geschäftsstelle: Johannisstraße 46.
Fernruf { 926 nur Geschäftsstelle. 905 nur Redaktion.

Lübecker Volksbote

Tageszeitung für das arbeitende Volk.

Nummer 13. | Mittwoch, 16. Januar 1924. | 31. Jahrgang.

Die englische Thronrede.

Der Schwanengesang für Baldwin. / Macdonalds Angriff.

Die in der ganzen Welt mit Spannung erwartete Erklärung des englischen Königs zur Eröffnung des neuen Parlaments war in Wirklichkeit eine Aufregung nicht wert. Die Rede bildet diesmal nicht, wie üblich, das maßgebende englische Regierungsprogramm, sondern den Schwanengesang einer aus der Regierung verdrängten Partei. Vereinzelte Redewendungen tragen ausgesprochenen parteipolitischen Charakter, während andere wichtige Vorkommnisse innerhalb der englischen Politik aus den letzten Wochen und Tagen scheinbar mit Absicht besonders farblos gehalten sind.

Vor allem die Schutzzollfrage, die im Verlaufe des letzten Wahlkampfes die Hauptrolle spielte und den Anlaß zu der konservativen Wahlniederlage bot, wird mehr als dilatorisch behandelt. Mit einer Ausdehnung und Verbesserung der Bestimmungen über den Handelskredit soll versucht werden, die Niederlage wettzumachen, obwohl selbst der König und seine vor dem Abgang stehenden Minister nicht glauben dürfen, daß sich das Palament damit zufrieden geben wird. Mit Handelskrediten allein kann die Arbeitslosigkeit in England nicht behoben werden. Schon deshalb ist die Arbeiterpartei gezwungen, das von ihr beabsichtigte Mißtrauensvotum gegen die Regierung Baldwin einzubringen. Denn nicht zuletzt wurde ihr bei den letzten Wahlen ein Erfolg zuteil, weil in breiten Teilen der englischen Bevölkerung die Auffassung besteht, daß sie schließlich in der Lage ist, auf die Dauer der Arbeitslosigkeit Herr zu werden. Bekanntlich glaubt die Labour Party, das vor allen Dingen durch eine Anerkennung Rußlands und die Erweiterung der Handelsbeziehungen zu diesem Lande zu erreichen. Dieser Auffassung wird in der englischen Thronrede kein Wort gewidmet. Das ist parteipolitisch insofern erklärlich, als die konservative Partei, deren Sprecher der König am Dienstag war, wahrscheinlich glaubt, den Liberalen die Abstimmung für das von der Arbeiterpartei inzwischen angekündigte Mißtrauensvotum erschweren und sie mit der Verantwortung belasten zu können, der Arbeiterpartei in den Sattel geholfen zu haben.

Das sonst noch in der Thronrede gekennzeichnete innerpolitische Programm ist ebenfalls weder inhaltreich noch parteipolitisch scharf umstritten. Die einzige aber bezeichnende Ausnahme bildet die Ankündigung neuer Rüstungen zu Wasser und in der Luft. Diese Frage wird bei der Arbeiterpartei auf starken Widerspruch stoßen und zweifellos auch bei der Begründung des Mißtrauensantrages gegen die Regierung Baldwin eine Rolle spielen. Zwar hat der kommende Führer der neuen englischen Regierung Macdonald erst vor wenigen Tagen in der Albert-Hall erklärt, daß auch England seine militärischen Streitkräfte zum Schutze aufrechterhalten müsse, solange nicht eine allgemeine Abrüstung erfolgt, aber der englische Arbeiterführer dürfte wie in früheren Tagen auch heute entschiedener Gegner jeder Rüstungskampagne sein. Das entspricht dem Programm der englischen Arbeiterpartei, die immer die Auffassung vertreten hat, daß es notwendig ist, zunächst die staatlichen Mittel zur Beschaffung von Arbeitsgelegenheiten auf anderem Gebiet als dem der Rüstung zu benutzen.

Insgesamt bestätigt die Thronrede den in Europa, besonders aber in England längst gehegten Eindruck vom Ende der Regierung Baldwin! Man muß deshalb annehmen, daß schon in den allernächsten Tagen der Arbeiterführer Macdonald die Geschicke des englischen Weltreichs lenkt und versucht, den Völkern Europas die Verständigung und den Frieden, als Ziel des Sozialismus, wiederzugeben.

*

SPD. London, 15. Januar. (Eig. Drahtber.)

Heute vormittag begab sich der König in Begleitung der Königin und des üblichen Hofstaates vom Buckinghamer Palais nach Westminster zur Eröffnung des Parlaments. Eine ungeheure Menschenmenge füllte die Straßen, durch die der außerordentlich pompöse Hofzug fuhr. Die Ankunft des Königs im Unterhaus wurde mit 41 Kanonenschüssen bekanntgegeben. Nach Erledigung der üblichen Formalitäten verlas der König die Thronrede, die folgenden Wortlaut hatte:

Meine Beziehungen zu den auswärtigen Mächten sind weiter freundschaftlich. Ich freue mich, einen ausgesprochenen Fortschritt in der Lösung jener Fragen feststellen zu können, die bisher den Weg zum wechselseitigen Verständnis verschlossen und die Wiedergenesung der Welt verzögert hatten. Die Reparationskommission hat zwei Ausschüsse eingesetzt, in denen Sachverständige aus den Vereinigten Staaten mit anderen Sachverständigen aus Großbritannien, Frankreich, Italien und Belgien zusammenwirken werden bei der Prüfung der sehr ernsten finanziellen Fragen, die die **Lage Deutschlands** berühren. Das künftige Statut der Tanger-Zone, die lange Zeit eine Quelle von Unruhen war, ist zwischen den Delegierten der hauptsächlich interessierten Mächte einer Regelung unterzogen worden, die die Schaffung eines internationalen Regimes und die Förderung des Verkehrs und des Handels vorsieht.

Ein Gesetz wird eingebracht werden zwecks Inkraftsetzung des Lausanner Friedensvertrages. Sobald dieses Gesetz angenommen sein wird, wird der Vertrag ratifiziert und eine neue Aera friedlicher Beziehungen mit der Türkei eröffnet werden.

Meine Minister sind im Zusammenwirken mit den Vertretern Kanadas darauf bedacht gewesen, die Schwierigkeiten bezüglich der gesetzwidrigen Einfuhr von alkoholischen Getränken in die Vereinigten Staaten zu beseitigen und haben Vorschläge für ein Abkommen gemacht, das dicht vor der Annahme steht und die künftigen glücklichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern und Völkern festigen dürften.

Es wird weiter mein Ziel sein, den ständig wachsenden Einfluß des Völkerbundes mit allen Mitteln, die in meiner Macht liegen, zu fördern.

Die jüngste Serie von Mordtaten an der Nordwestgrenze Indiens durch Verbrecher, die ein Asyl auf afghanischem Boden gefunden haben bezw. afghanische Untertanen sind, hat mich stark beschäftigt. Meine Regierung ist energisch bei der Regierung des Emirs vorstellig geworden und sie erwartet auf das bestimmteste daß diese Personen bestraft und daß befriedigende Beziehungen an dieser Grenze baldigst hergestellt werden.

Die kürzlich abgehaltene Konferenz des britischen Reiches wies sehr deutliche Fortschritte in bezug auf das Zusammenwirken der Reichsteile auf. Es war insbesondere möglich, den Wünschen der Dominions entgegenzukommen, ohne von dem bestehenden Steuersystem dieses Landes abzukommen, indem der von der Reichskonferenz im Jahre 1917 beschlossene und seit 1919 in Kraft getretene Grundsatz der gegenseitigen Meistbegünstigung wesentlich erweitert wurde. Es werden ihnen Vorschläge zwecks Durchführung der Ergebnisse dieser Reichskonferenz unterbreitet werden. Ich heiße die Gelegenheit willkommen, die durch die Weltausstellung des Britischen Reiches geboten werden wird, die Kenntnisse der mannigfaltigen Hilfsquellen meines Reiches zu erhöhen und den Handel innerhalb des britischen Reiches zu steigern. Auf die innerpolitischen Fragen übergehend führt die Thronrede aus, daß der jüngste Wahlkampf sich um die Frage der Schutzzollreform gedreht habe. „Indessen bin ich froh, festzustellen, daß die Pläne für die Sicherung von Arbeitsgelegenheiten, die gegenwärtig durchgeführt werden, eine schätzenswerte Wirkung im Laufe des letzten Jahres gezeitigt haben, indem sie die Zahl der wirklich Erwerbslosen herabgemindert haben. Die Zahl derer, die noch immer nicht in der Lage sind, Arbeit zu finden, verursacht mir große Sorge. Meine Minister haben kürzlich vor dem Lande Vorschläge entwickelt, die nach ihrer Ueberzeugung zu der Lösung dieses Problems wesentlich beigetragen haben würden, indem sie der Industrie ein größeres Maß von Sicherheit auf dem eigenen Markt gesichert und den Absatz ihrer Erzeugnisse in meinen überseeischen Kolonien und in fremden Ländern verstärkt hätten. Aber diese Vorschläge sind vom Lande nicht angenommen worden. Unter diesen Umständen wird die Zustimmung der Mitglieder des Parlaments zu einer Ausdehnung und Verbesserung der Bestimmungen über den Handelskredit, wie sie von der Reichskonferenz vorgeschlagen wurden, nachgesucht werden. Es soll insbesondere gewissen öffentlichen Unternehmungen im britischen Reiche finanzielle Kredite aus öffentlichen Mitteln erhalten und eine Ausdehnung der Beteiligung an den Kosten für gemeinnützige Arbeiten entweder durch die Lokalbehörden oder durch private Gesellschaften vorgenommen werden.

Sodann enthält die Thronrede einen Hinweis auf die Pläne der Regierung zwecks Beschaffung von Arbeitsgelegenheit in der Schiffbauindustrie durch sofortigen Bau von Kreuzern und Hilfseinheiten, zwecks Entwicklung der allgemeinen und technischen Fortbildung der jugendlichen Arbeitslosen usw. Insbesondere wird die Ausdehnung der Luftflotte für Zwecke der Landesverteidigung angekündigt. Bezüglich der Krise in der Landwirtschaft wird auf den Vorschlag der Regierung Bezug genommen, eine Konferenz aller interessierten Kreise und sämtlicher Parteien einzuberufen, zwecks Ausarbeitung einer Agrarpolitik, durch die die anbaufähige Fläche zu erhöhen und durch Stabilisierung der Löhne der Landarbeiter eine regelmäßige Beschäftigung auf dem Lande zu sichern sein würde.

SPD. London, 15. Jan. (Eig. Drahtber.)

Heute nachmittag begann im Unterhaus die Debatte über die Antwort des Parlaments auf die Thronrede, von der man die Niederlage der Regierung und die Ankunft der Arbeiterpartei zur Regierungsmacht erwartet. Nachdem der konservative Redner Banks im Namen der Regierung den Vorschlag zum Entwurf einer Antwort eingebracht hatte, erhob sich der Führer der Arbeiterfraktion Ramsay Macdonald und erklärte:

„Ich begrüße die Stellen der Thronrede, die sich auf die auswärtigen Angelegenheiten beziehen. Aber die Lage wird immer ernster und wir benötigen eine entschlossenere und wirksamere britische Politik. Ich behaupte, daß die Aussicht auf einen Regierungswechsel in unserem Lande mehr dazu beigetragen hat, den Einfluß Großbritanniens in den Köpfen der führenden Staatsmänner auf dem Kontinent zu erhöhen, als zwölf Monate Regierung des Kabinetts Baldwin. Die Regierung ist nicht des Vertrauens des Parlaments würdig.

Bezugnehmend auf die Beschlüsse der Reichskonferenz und auf die Absicht der gegenwärtigen Regierung, gewisse Vorschläge, die im Anschluß an die Reichskonferenz ausgearbeitet wurden, dem Parlament vorzulegen, erklärte Macdonald, daß die Vorschläge der Reichskonferenz dem Parlament zur Beschlußfassung unterbreitet werden würden und dieses vollständig freie Hand erhielte, sie anzunehmen oder zu verwerfen. Des weiteren hob Macdonald hervor, daß das Ergebnis der Neuwahlen das Unterhaus in eine eigentümliche Lage gebracht hätte. Meine Partei verfüge von sich aus über die Mehrheit; die Regierung sei aber in eine Minderheit von mehr als hundert Stimmen zurückgekehrt. Dieses Unterhaus würde infolgedessen einem ganz neuen Verfassungsproblem gegenüberstehen.

Wenn wir, führte Macdonald fortfahrend aus, uns anschicken, die Frage der Altersrenten in Angriff zu nehmen, was keine Regierung ablehnen könnte, wenn wir weiter uns mit den Vorkriegspensionen und anderen Punkten beschäftigen, die in der Thronrede erwähnt sind, so müssen wir versuchen, einen Boden gemeinsamer Verständigung zu finden, während wir andererseits als Partei unsere Unabhängigkeit und unsere Prinzipien aufrechterhalten. Was nun daraus werden wird, liegt in dem Schoß der Götter, aber wer auch die Regierung unter den gegenwärtigen Umständen übernehme, hat ein Anrecht auf Fairplay von der Gegenseite.

Nach Macdonald sprach Lloyd George im Namen der Liberalen Partei und drückte die Hoffnung aus, daß, welche Regierung auch kommen möge, sie die Autorität und den Einfluß stärke, auf die das britische Reich durch seine Macht und durch seine Opfer ein Anrecht habe. — Damit war die Debatte beendet.

Am Mittwoch wird Ramsay Macdonald noch einmal das Wort ergreifen. Vorher dürfte voraussichtlich der Zusatzantrag der Arbeiterpartei zu der Antwort auf die Thronrede eingebracht werden.

Die Formulierung dieses Antrages ist endgültig beschlossen worden. Er besagt lediglich: „Es ist jedoch unsere Pflicht, respektvoll Ew. Majestät mitzuteilen, daß die gegenwärtigen Berater Ew. Majestät das Vertrauen dieses Hauses nicht besitzen."

Der Zusatzantrag wird von Clynes eingebracht werden.

Dr. Schacht nach Paris eingeladen.

Paris, 15. Januar.

Der Sachverständigenausschuß, der sich mit der deutschen Währungsfrage und des Ausgleichs des deutschen Haushaltes beschäftigt, hat heute wiederum eine Sitzung abgehalten, die etwa drei Stunden dauerte. Wie verlautet, beschäftigte er sich nur mit der deutschen Währungsfrage. Es scheint, daß er gewisse Auskünfte nach einer bestimmten Richtung zu haben wünscht und er hat deshalb durch die Kriegslastenkommission an den **Direktor der Reichsbank Dr. Schacht das Ersuchen richten lassen, einer der nächsten Sitzungen beizuwohnen.** Es wird angenommen, daß Dr. Schacht morgen abend aus Berlin abreisen und am Freitag in Paris eintreffen wird.

Ueber die Verhandlungen selbst werden der Presse keine Mitteilungen gemacht, die über das amtliche Kommunique hinausgehen. Die Mitglieder des Ausschusses haben sich auch verpflichtet, weder Interviews zu geben, noch irgendwelche Pressevertreter zu inspirieren. Es soll jedoch, wie man erfährt, in der gestrigen Nachmittagssitzung beschlossen worden sein, **die Reise nach Berlin erst dann anzutreten, wenn die notwendigen Vorfragen geregelt sind** und gewissermaßen eine Einheitsfront hergestellt ist. Ein Unterausschuß soll morgen oder übermorgen sich mit der Frage des deutschen Haushaltes beschäftigen, so daß man also annehmen kann, daß der Ausschuß eine Arbeitsteilung vornimmt, um rascher zum Ziele zu kommen.

Die Versorgung der Kriegsopfer.

Eine am 12. und 13. Januar in Jena tagende Reichskonferenz des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen, an der 51 Delegierte teilnahmen, legte scharfe Verwahrung ein gegen die durch den Personalabbau außerordentlich verschlechterte Versorgung der Kriegsopfer, zumal die Schwerkriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen nicht die genügende Berücksichtigung finden. Die Sozial- und Kleinrentnerfürsorge soll nach dem Wunsch des Kongresses zusammengefaßt werden, das Reich aber auch fernerhin die Kosten für diese Fürsorge tragen. Unter Mitwirkung der Versicherten soll vom Reich ein umfassendes Versicherungswesen geschaffen werden. In der Frage der Bodenverteilung und des Wohnungsbaues forderte der Kongreß restlose Verwendung des Ertrages der Mietssteigerung zur Beschaffung neuer Wohnungen und zur Durchführung des Reichsheimstättengesetzes durch die Gemeinden. Die restlose Erschließung von Moor- und Oedländereien solle erfolgen durch Verminderung des Reichsheeres.

Heinz-Orbis' Nachfolger.

Speyer, 14. Januar.

Dem Vernehmen nach hat der wegen Spionage und Unterschlagungen vorbestrafte 23jährige Separatistenchef Major Kuhn aus Speyer in der sogenannten vorläufigen Regierung als **Nachfolger von Heinz-Orbis die Präsidialgeschäfte übernommen.**

Reichsfinanzen und Wohnungsbau.

Von A. Ellinger.

Die Sanierung der Reichs-, Landes- und Gemeindefinanzen ist, das sollte man auch im Reichsfinanzministerium und in den Finanzministerien der Länder einsehen, nicht möglich ohne die Gesundung und Kräftigung der deutschen Wirtschaft. Kein Etat, mag er auch noch so schön aussehen und noch so schön balanzieren, wird den auf ihn gesetzten Hoffnungen entsprechen, wenn die deutsche Wirtschaft nicht gesund wird.

Was aber will der Reichsfinanzminister und mit ihm die Finanzminister der Länder? Sie wollen auf dem Gebiete des Wohnungswesens eine Steuer- und Finanzpolitik treiben, die praktisch auf die Erdrosselung des Baugewerbes für absehbare Zeit und damit auf die Abtötung der deutschen Wirtschaft hinausläuft. Das Reich soll auf dem Gebiete des Wohnungswesens auf jede eigene Initiative verzichten und dieses Gebiet einschließlich der Mietpreisbildung den Ländern überlassen. Die Mieten sollen in kurzer Zeit auf den Friedensstand gebracht werden. Der Ertrag der erhöhten Mieten soll zwischen den Hausbesitzern und den Ländern geteilt werden. Die Länder sollen ihre Anteile zur Zahlung der Beamtengehälter und zur Sanierung ihrer Finanzen verwenden. Für die Förderung des Wohnungsbaus durch das Reich soll nichts übrig bleiben.

Die Verwirklichung dieses Planes bedeutete für die Länder ein Dauergeschenk, für die Gesundung der deutschen Wirtschaft einen sehr gefährlichen Hemmschuh und damit für das Deutsche Reich die Unmöglichkeit der Erhebung aus dem finanziellen Ruin. Jetzt schon liegt infolge der kurzsichtigen Wohnungspolitik der großen Mehrheit des Reichstages das Baugewerbe mit seinen Millionen Arbeitern so gut wie still. 89 Prozent der Bauarbeiter sind arbeitslos, ungeheure Werte gehen dadurch der deutschen Wirtschaft verloren. Das Baugewerbe aber zieht als Muttergewerbe einer ganzen Reihe anderer Gewerbe und Industrien einen großen Teil unserer Volkswirtschaft in den Abgrund. Weil nicht gebaut wird, hat auch die Zement-, Kalk-, Ziegel-, Gips-, Holz- und zum Teil auch die Eisenindustrie nichts zu tun. Ebenso liegen die Bauneben- und Bauausstattungsgewerbe (Tischlerei, Schlosserei, Glaserei, Töpferei, Klempnerei, Malerei, Tapeziererei usw.) nahezu still. Nicht anders ist es mit dem Baustofftransportgewerbe und mit den vielen Gewerben und Industrien, die Einrichtungs- und Haushaltungsgegenstände der verschiedensten Art fabrizieren. Denn wenn keine Wohnungen gebaut werden, braucht man auch keine Wohnungseinrichtungen. Rund zehn Millionen Menschen — Arbeiter, Angestellte, Beamte mit ihren Familien — sind durch diese Politik unmittelbar in ihrer Existenz bedroht. Darüber hinaus werden durch das Ruhen der Bautätigkeit fast alle übrigen Erwerbsstände in Mitleidenschaft gezogen. Wenn Millionen und aber Millionen Arbeiter des Baugewerbes, der Baunebengewerbe und der Baustoffindustrie kein Einkommen haben, ist es kein Wunder, daß auch beim Kaufmann und Krämer das Geschäft nicht geht.

Wie soll angesichts dieser Verhältnisse die Wirtschaft gesunden? Wie will der Reichsfinanzminister die Steuern bekommen, die er zur Balanzierung des Haushalts braucht? Wie sollen die Millionen und aber Millionen Arbeiter und Angestellten, die durch eine unvernünftige Steuer- und Finanzpolitik an produktiver Arbeit gehindert werden, Lohnsteuern zahlen, wenn sie keinen Lohn bekommen? Wie sollen die Industriellen und Gewerbetreibenden die nötigen Steuern aufbringen, wenn man durch steuer- und finanzpolitische Maßnahmen die industrielle und gewerbliche Tätigkeit gewaltsam erstickt? Wie denkt man sich die Erhöhung der Einnahmen aus der Umsatzsteuer, wenn die Umsätze durch eine verkehrte Reichspolitik in sinnloser Weise vermindert werden? Wie soll die Reichsbahn auf einen grünen Zweig kommen, wenn man durch die Erdrosselung der Wirtschaft einen Rückgang der Einnahmen aus Frachten und aus dem Personenverkehr herbeiführt? Wie deckt sich das Streben des Reichsfinanzministers nach größtmöglichster Sparsamkeit mit der Notwendigkeit der Zahlung gewaltiger Summen an unproduktiver Unterstützung für Arbeitslose? Wären für die Finanzen des Reichs, der Länder und Gemeinden bewerbliche Maßnahmen zur Ingangsetzung der Wirtschaft nicht besser?

Anstatt auf dem Papier einen schönen Etat aufzustellen, der bei den geplanten Maßnahmen auf dem Gebiete des Bau- und Wohnungswesens unmöglich das bringen kann, was von ihm erwartet wird, sollte man die Dinge realistisch betrachten. Die deutschen Industriellen selbst haben alle Ursache, einer Politik entgegenzutreten, die, wenn sie durchgeführt würde, die Konkurrenzfähigkeit Deutschlands auf dem Weltmarkte erschüttern muß.

Die deutschen Arbeiter, Angestellten und Beamten können bei ihren heutigen Löhnen und Gehältern keine Goldmieten zahlen. Die sofortige Zahlung der vollen Goldmieten ist bei einer vernünftigen Wirtschafts- und Steuerpolitik zur Sanierung der Finanzen der Länder und Gemeinden auch gar nicht nötig. Man gebe den Hauswirten, was sie zur Erhaltung ihrer Häuser brauchen; nehme einen so großen Teil von den in Aussicht genommenen Goldmieten, als man zur Beseitigung der Wohnungsnot in vier oder fünf Jahren braucht zur Belebung des Wohnungsneubaues, fördere die Siedlungstätigkeit und damit die landwirtschaftliche Produktion, gebe der Wirtschaft die Möglichkeit zu produktiver Arbeit, spare unproduktive Unterstützung und schaffe mit alledem die Grundlagen für ein ausreichendes Steueraufkommen. Das dient ganz anders zur Sanierung der Finanzen als die Verwirklichung von Plänen, die in der Praxis nicht nur auf die Erdrosselung der Wirtschaft und Steuerkraft des deutschen Volkes, sondern auch auf die Zerstörung der Volksgesundheit und der Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands auf dem Weltmarkt hinauslaufen. Wenn die Löhne und Gehälter der Arbeiter, Angestellten und Beamten auf Friedensstand steigen, dann kann man auf die Mieten schrittweise wieder auf die Friedenshöhe bringen.

Auf das allerentschiedenste ist aber vor der Ausschaltung der Reichsinitiative und vor der Uebertragung der Wohnungsfürsorge an die Länder ohne die maßgebende Mitwirkung des Reiches zu warnen. Die Länder hätten davon keinen Vorteil. Sie selbst haben heute unter der Wohnungsnot am meisten zu leiden. Sie selbst sind an ihrer Beseitigung mindestens in dem gleichen Maße wie das Reich interessiert. Sie hätten aber, wenn die Erträge der geplanten Wohnungssteuer zur Beamtenbesoldung und zur Sanierung der Landesfinanzen verwendet würden, für den Wohnungsneubau keine Mittel. Das ist ohne entscheidende Mitwirkung des Reiches nicht möglich. Auch aus vielen anderen Gründen ist die maßgebende Beeinflussung der Wohnungswirtschaft durch das Reich notwendig, wobei freilich sehr zu wünschen ist, daß der künftige Reichstag auf diesem Gebiete Ersprießlicheres leistet und rascher arbeitet, als es der jetzige Reichstag getan hat. Auch dem Reichsarbeitsministerium ist eine größere Initiative als in den letzten Jahren dringend zu wünschen.

Gefährlich ist auch die Spekulation auf die Ueberwindung der Wohnungsnot durch das Privatkapital ohne öffentliche Hilfe. Was in Deutschland fehlt, sind Kleinwohnungen. Diese sind bekanntlich schon vor dem Kriege von dem Privatkapital nicht gern gebaut worden, weil dabei nichts zu verdienen war. Sie können heute in dem notwendigen Umfange ohne öffentliche Hilfe erst recht nicht gebaut werden, weil es mehr als je an Kapital fehlt, und weil weniger als je an eine normale, geschweige denn an eine gute Verzinsung des Baukapitals zu denken ist. Wo sollen wohl heute, selbst wenn Goldmieten erhoben würden, bei einer vier- bis sechsprozentigen Verzinsung genügend private Baugelder und Hypotheken herkommen, wo die Industrie jährlich bis zu 100 und 120 Prozent Zinsen zahlt und trotzdem kaum Betriebskapital bekommen kann?

Zusammenfassend ist also zu sagen: Der Plan des Reichsfinanzministeriums ist weder zur Sanierung der Reichs-, noch der Landes- und Gemeindefinanzen geeignet. Er erdrosselt die Wirtschaft, anstatt sie zu stärken und verschüttet damit die Quellen finanzieller Gesundung. Man mache deshalb mit der Besteuerung des vorhandenen Hausbesitzes, etwa in dem Sinne, wie sie kürzlich vom Reichsarbeitsministerium vorgeschlagen wurde, ernst und verwende die Erträge, soweit sie nicht zur Erhaltung des alten Hausbesitzes gebraucht werden, zum Bau neuer Wohnungen und Siedlungen. Aber man handle schnell, damit nicht noch länger Millionen wertvoller Arbeitskräfte brachliegen und uns das Frühjahr, wo die Bautätigkeit beginnen soll, wieder ungerüstet findet. Je schneller die Bautätigkeit und mit ihr die deutsche Wirtschaft wieder in Gang kommt, um so rascher werden die deutschen Finanzen gesunden.

Soziales Recht auch für Beamte!

SPD. Die für die Reichs-, Staats- und Gemeindebetriebe und Verwaltungen zuständigen freigewerkschaftlichen Arbeiter- und Angestelltenorganisationen haben zu den Maßnahmen der Reichsregierung über die Regelung der Arbeitszeit in den Betrieben und Verwaltungen der genannten Behörden in folgender Protesterklärung Stellung genommen:

Der Beschluß des Reichskabinetts vom 14. 12. 23 über die Dienstzeit der Beamten setzt die Mindestdienstdauer der Beamten auf 54 Stunden in der Woche fest.

Der § 13 der Verordnung über die Arbeitszeit vom 21. 12. 23 erklärt sodann, daß die den Betrieben und Verwaltungen des Reiches und der Länder sowie den Verwaltungen der Gemeinden und Gemeindeverbände vorgesetzten Dienstbehörden das Recht haben, die für Beamte gültigen Dienstvorschriften über die Arbeitszeit auf die übrigen Arbeitnehmer der genannten Betriebe und Verwaltungen „auch soweit laufende Verträge dem entgegenstehen" zu übertragen.

Dadurch werden die Arbeiter und Angestellten der „genannten Betriebe und Verwaltungen" und ihre wirtschaftlichen Vereinigungen des Mitbestimmungsrechtes bei der Gestaltung der Bestimmungen über die Arbeitszeit beraubt und die durch Verträge gewährleisteten Rechte rücksichtslos beseitigt. Während die gesamte übrige Arbeitnehmerschaft die Möglichkeit der freien tariflichen Vereinbarung der Arbeitszeitbestimmungen selbst nach der Arbeitszeitverordnung vom 21. 12. 23 noch besitzt, wird die Arbeitszeitregelung der Arbeitnehmer der Verwaltungen und öffentlichen Betriebe abhängig gemacht von der von den vorgesetzten Behörden willkürlich festgesetzten Dienstzeit der Beamten.

Damit wird ferner die arbeitsrechtliche Entwicklung rückwärts geführt. Statt die von den Arbeitern und Angestellten errungenen Fortschritte des sozialen Rechts der jüngsten Zeit auf die Gestaltung des Dienstverhältnisses der Beamten anzuwenden, wird das Recht der Arbeiter und Angestellten durch die Uebertragung der Gepflogenheiten eines rückständigen Beamtenrechtes, das das Dienstverhältnis des Beamten in den Fesseln eines einseitigen Gewaltverhältnisses gefangen hält, geschmälert.

Die freigewerkschaftlichen Arbeiter- und Angestelltenorganisationen erheben gegen dieses Ausnahmerecht schärfsten öffentlichen Protest. Sie fordern die Beseitigung der genannten Bestimmungen und erheben im Namen der beteiligten Arbeiter und Angestellten Anspruch auf die gleichen Rechtsmittel der Mitbestimmung bei der Gestaltung des Arbeitsvertrages, die der gesamten übrigen Arbeitnehmerschaft zur Verfügung stehen.

Wie abgebaut wird!

Nach der Personal-Abbau-Verordnung soll bei dem Abbau der Beamten lediglich der Wert ihrer dienstlichen Leistungen für die Verwaltung entscheidend sein. Bei gleichwertigen Leistungen sollen für die Auswahl die wirtschaftlichen und die Familienverhältnisse maßgebend sein. Ausdrücklich wird betont, daß die gewerkschaftliche und politische Betätigung keine Rolle spielen darf. Das ist die Theorie. Die Praxis zeigen folgende, aus dem uns reichlich zugegangenen Material herausgegriffene Fälle: Ein Beamter wurde entlassen, weil er in der Beamtenabbaufrage mit einer Kommission beim Reichspräsidenten war; ein anderer, weil er in den Revolutionstagen 1918 und beim Kapp-Putsch für die verfassungsmäßige Regierung eingetreten ist. Die Reichsbahnverwaltung entläßt ohne jeden ersichtlichen Grund einen Familienvater von sechs Kindern, der allerdings Gewerkschaftsfunktionär ist. Aus Kassel und anderen Orten wird darüber geklagt, daß in erster Linie Kriegsbeschädigte entlassen werden.

Die rein bürgerliche Regierung Marx-Stresemann enthüllt mit dieser Art des Abbaus ihr wahres Gesicht, denn es handelt sich hier um Maßregelungen schlimmster Art. Eine Aenderung wird erst eintreten, wenn endlich den Gewerkschaften eine Mitwirkung bei der Durchführung des Abbaues zugestanden wird.

Die Politik des ADB.

SPD. Der Bundesausschuß des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes hat in einer Sitzung eingehend die Frage des Beamtenabbaus, der Arbeitszeit, der Besoldung und die Streikfrage erörtert, um eine sichere Grundlage für die in der herannahenden Zeit politischer Hochkonjunktur vom ADB. zu vertretende Beamtenpolitik zu schaffen. Er nahm einstimmig eine Entschließung an, in der gegen die Durchführung der Abbauvorschriften, die in vielen Fällen nur einen Vorwand zur Beseitigung politisch oder gewerkschaftlich mißliebiger Beamten bilden, Protest erhoben wird. Das Verhalten der Reichsregierung, die sich bis heute noch nicht einmal über ihre Stellungnahme zu den Beschlüssen des Fünfzehnerausschusses äußerte und die Bestimmungen zur Personalabbauverordnung noch immer nicht erlassen hat, zeigt deutlich die Gefahren, die das Ermächtigungsgesetz auch für die Beamtenschaft geschaffen hat. Scharf verurteilt wird die diktatorische Verfügung über die Aufhebung des Achtstundentages und der Versuch, mit dieser Zwangsmaßnahme der um Aufrechterhaltung des Achtstundentages kämpfenden Arbeiterschaft in den Rücken zu fallen. Die den Beamten gezahlten Gehälter werden als Hungergehälter bezeichnet. Außerdem wird darauf verwiesen, daß die gegenwärtige finanzielle Lage des Reiches durch steuerliche Schonung der Leistungsfähigen verschuldet wurde. Der Beamtenbund fordert deshalb die Sanierung der Reichsfinanzen, die Besteuerung von Kapital und Besitz an der Quelle. Weiter nimmt die Entschließung zu dem Versuch Stellung, unter Ausnutzung der wirtschaftlichen Notlage der Beamtenschaft und des Druckmittels des Abbaues sowie unter Benutzung der durch das Ermächtigungsgesetz geschaffenen politischen Lage der Beamtenschaft das Koalitionsrecht nehmen oder schmälern zu wollen. Jedes Attentat auf das Koalitionsrecht soll mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen werden. Der Bundesausschuß erhofft zur Abwehr die volle Solidarität sämtlicher ADB.-Verbände in denjenigen Beamtengruppen, gegen die solche Maßnahmen ergriffen werden sollen. Im übrigen erwartet der Bundesausschuß des ADB. von den einzelnen Mitgliedern der dem ADB. angeschlossenen Verbände, daß sie aus den gewerkschaftlichen Forderungen der Beamtenschaft die parteipolitischen Konsequenzen ziehen und u. a. auch bei den bevorstehenden Reichstagswahlen nur solche politische Parteien unterstützen, die Gewähr bieten, daß sie die in der Entschließung des Bundesausschusses niedergelegten Forderungen des ADB.-Programms vertreten.

Der Reichsbankausweis.

Der Reichsbankausweis vom 15. Dezember weist infolge Umtausches gegen Rentenmark aus dem unverzinslichen Kredit des Reiches eine Abnahme der diskontierten Schatzanweisungen um 37,9 Trillionen auf 21,8 Trillionen auf. Der Betrag der umlaufenden Noten erfuhr dagegen eine Erhöhung um 24,1 Trillionen auf 414,7 Trillionen. Die Zunahme wird im Ausweis durch Hereinnahme von Rentenmark gegen Papiermark — dem Reich wurden für 58,5 Millionen Rentenmark Papiermark zur Verfügung gestellt — und durch Ankauf von Devisen, worin sich auch neuerdings die Rentenbank betätigt, erklärt. Die fremden Gelder dehnten sich um 43,4 auf 366,7 Trillionen aus, die Bestände an Rentenbankscheinen zeigen eine Erhöhung um 66,8 auf 168 Millionen Rentenmark. Davon entfielen 22,1 Millionen Rentenmark auf Einzahlung im Rentenmark-Giroverkehr, wogegen 13,8 Millionen Rentenmark im Lombardverkehr abgefordert wurden. Die privaten Kreditansprüche zeigen eine neue Zunahme. Die Wechselbestände nahmen zwar um 22,9 auf 371,3 Trillionen Mark ab, dagegen stiegen die Lombardforderungen um 50,7 auf 74,3 Trillionen Mark. In dieser Zunahme ist die Umleitung der Kreditgewährung auf wertbeständiger Basis zu erkennen, für die am 15. Dezember nur das Lombardgeschäft in Frage kam. Der Kommentar zum Ausweis besteht die nicht mehr ausschlaggebende Bedeutung der Schwankungen des Notenumlaufs, da angesichts des Verkehrs mit wertbeständigen Zahlungsmitteln der Notenumlauf nur noch etwa den fünften bis sechsten Teil des gesamten Geldumlaufs in Deutschland ausmacht.

Ein mißglückter Generalstreik in Essen.

SPD. Essen, 15. Januar. (Eig. Drahtb.)

In Essen hat die kommunistische Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes in den letzten Tagen den Versuch unternommen, den Generalstreik zu inszenieren. Bei den beschäftigten Arbeitern herrscht aber keine Neigung, dieser kommunistischen Parole folge zu leisten. Die Kommunisten selbst waren sich von Anfang an uneinig über die Durchführung des Generalstreiks. In einer Betriebsratsversammlung der Firma Krupp, die sich eingehend mit der Lage beschäftigte, haben selbst führende kommunistische Arbeiterratsmitglieder sich entschieden gegen die Verbreitung eines Flugblattes gewandt, das zum Generalstreik aufforderte und durch Arbeitslose an den Toren des Krupp-Werkes verbreitet wurde. In einer überfüllten Vertrauensmännersitzung des Deutschen Metallarbeiterverbandes ließen die kommunistischen Drahtzieher alle Minen springen, um den Generalstreik durchzusetzen. Die Vertreter der SPD-Metallarbeiter sprachen sich jedoch gegen den Generalstreik aus und hoben hervor, daß bei aller grundsätzlichen Anerkennung des Kampfes für den Achtstundentag man zurzeit die allgemeine Lage nicht verkennen dürfe, die einem Streik voraussichtlich nicht einmal einen Achtungserfolg bringen würde. Trotzdem erhielt der Vorsitzende bei der Schlußabstimmung in der Hauptsache durch den Druck der Arbeitslosen eine Mehrheit für den aussichtslosen Kampf. Der Generalstreikparole wurde aber in keiner Weise Folge geleistet. In dem Riesenbetrieb der Firma Krupp sind nach genauer Zählung kaum 120 Personen in den Generalstreik getreten. Am Dienstag fand eine außerordentliche Mitgliederversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes statt, in der, wiederum durch den Einfluß der Arbeitslosen, die Fortsetzung des Kampfes in verschärfter Form beschlossen wurde. Auch dieser Parole sind die Arbeiter der Firma Krupp nicht gefolgt, die Arbeit wurde vielmehr restlos aufgenommen. — Die Lage ist im allgemeinen ruhig.

Eine neue Mordära?

SPD. Am Dienstag vormittag ist in dem bekannten Cafe Josty am Potsdamer Platz in Berlin ein früherer Offizier durch die politische Abteilung des Polizeipräsidiums verhaftet worden, der unter dem dringenden Verdacht steht, ein Attentat gegen General v. Seeckt, den Chef der Heeresleitung und Inhaber der Vollzugsgewalt, geplant zu haben. Der Verhaftete soll mehrere Spießgesellen haben, die alle denselben rechtsradikalen Kreisen angehören wie die Mörder von Erzberger und Rathenau. Gegen den Verhafteten ist bereits die Voruntersuchung beim Landgericht I eröffnet. Die Berliner Polizeibehörden haben Anweisung, über die Angelegenheit einstweilen im Interesse der Untersuchung Mitteilungen nicht zu veröffentlichen.

Frankreichs Währungssorgen.

SPD. Paris, 15. Januar. (Eig. Drahtber.)

Der katastrophale Zusammenbruch, den die französische Währung am Montag auf den internationalen Geldplätzen erlitten hat, hat nicht nur in den finanziellen und wirtschaftlichen, sondern auch in politischen Kreisen eine panikartige Stimmung erzeugt. Selbst die Regierung mußte sich angesichts des unerbittlich raschen Tempos, das der Sturz des Franken seit kurzem angenommen hat, davon überzeugen, daß einer Krise wirtschaftlicher Natur mit politischen Maßnahmen nicht beizukommen ist. Sie ist am Dienstagmorgen zu einem außerordentlichen Ministerrat zusammengetreten und hat in langen Beratungen ein Programm zur Sanierung der staatlichen Finanzen entworfen, das dem Parlament bereits in den nächsten Tagen vorgelegt werden soll und dessen lückenlose Annahme die Regierung durch Stellung der Vertrauensfrage zu erzwingen beabsichtigt. Dieses Programm enthält folgende Punkte: 1. Maßnahmen zur Bekämpfung der Steuerflucht und der Steuerhinterziehungen. 2. Ersparnis mit Ausgaben für die öffentliche Verwaltung. 3. Vertagung aller Gesetzentwürfe, die mit den neuen finanziellen Lasten verbunden sind. 4. Einzuschlag von 20 Prozent auf sämtliche Steuern. In Aussicht genommen sind weiter Maßnahmen zur Bekämpfung der Baissespekulation gegen den Franken und gegen die französischen Staatspapiere. Nach einer Mitteilung offizieller Natur erwartet die Regierung aus der 20prozentigen Erhöhung der Steuern eine Einnahme von 4,7 Milliarden Franken, aus dem Gesetzentwurf zur Unterdrückung der Steuerdefraudation eine solche von 2 Milliarden. Darüber hinaus glaubt man aus der Ersparnis eine weitere Milliarde flüssig machen zu können, so daß rund 7 bis 8 Milliarden verfügbar werden, mit denen die Regierung das Reparationsbudget, für das bisher im Etat keinerlei Deckung vorhanden war, ins Gleichgewicht zu bringen hofft. In unterrichteten politischen Kreisen stößt dieser Optimismus allerdings auf starke Skepsis, ganz abgesehen davon, daß es selbst bei glatter Annahme der Vorlage durch die Kammer noch Monate dauern wird, ehe die neuen Quellen zu fließen beginnen werden. Außerdem befürchtet man, daß die wirklichen Einnahmen hinter den offiziellen Schätzungen sehr stark zurückbleiben werden.

Wie arm wir sind.

Vergleiche zwischen deutschen und ausländischen Löhnen.

Von Gustav Riemann-Hannover.

Die Sachwalter des deutschen Unternehmertums verkünden bei jeder Gelegenheit in Wort und Schrift, die Preise und Produktionskosten von deutschen Industrieerzeugnissen seien höher, als die der gleichen ausländischen Waren, und diese Tatsache sei die Hauptursache der gegenwärtigen deutschen Wirtschaftskrise. Angeblich verhindern die hohen Produktionskosten den erfolgreichen Wettbewerb der deutschen Industrie auf dem Weltmarkt.

Setzt man diese Behauptung des deutschen Unternehmertums als richtig voraus, so würde es im allerdringendsten Interesse der gesamten deutschen Volkswirtschaft liegen, gründlich klarzustellen, **welche Bestandteile der Produktionskosten in Deutschland** den Preis deutscher Industrieprodukte über den Weltmarktpreis hinaustreiben. Kein deutscher Arbeitnehmer wird darüber sein Erstaunen unterdrücken können, wenn er hört, daß trotz der außerordentlich **niedrigen Entlohnung der Arbeitsleistungen in Deutschland** die Preise und Produktionskosten deutscher Waren höher sind als die gleichen Waren des Auslandes, daß aber trotz **mehrfach höherer Arbeitslöhne** bei keineswegs längerer Arbeitszeit und auch keineswegs durchschnittlich größerer manueller Geschicklichkeit der Arbeiter **die ausländische Industrie billiger produziert als die deutsche.** Ist dies richtig, so ergibt sich die Schlußfolgerung, daß in dem Kreislauf der deutschen Wirtschaft eine oder mehrere große Fehlerquellen vorhanden sein müssen.

Diese Fehlerquellen aufzufinden, müßte das Ziel einer öffentlichen Untersuchung sein, die für die deutsche Volkswirtschaft von allergrößtem Nutzen wäre. Hierzu wäre es notwendig, daß alles Material, das Vergleiche zwischen den Produktionskosten der deutschen und ausländischen Wirtschaft ermöglicht, in die Oeffentlichkeit gebracht wird. Vergleiche zwischen den Arbeitslöhnen, Arbeitsleistungen, Rohstoffpreisen, Kapitalsgewinnen, den Preisen der Fertigwaren, der in- und ausländischen Produktionstechnik usw. würden Material zu fruchtbringender Kritik des deutschen Wirtschaftslebens bringen. Dadurch würde es möglich sein, Klarheit über den Einfluß bestimmter Wirtschaftsfaktoren auf die Preisbildung zu gewinnen und die Preisbildung aus dem verschwiegenen Dunkel der kapitalistischen Geheimküche in das Licht der Oeffentlichkeit zu bringen.

Soweit gegenwärtig klar ersichtlich, wird die Preisgestaltung der deutschen Waren ungünstig beeinflußt durch **die hohen Preise für Kohle und Eisen,** die wichtigsten aller Rohstoffe. Kohle ist in Deutschland teurer als in England, Frankreich und in den Vereinigten Staaten, Eisen ist in Deutschland teurer als in England, Frankreich, Belgien und den Vereinigten Staaten. Preistreibend wirkt für die deutsche Industrie die Zinshöhe des Geldkredits, die mit Fug und Recht als Zinswucher des Bankkapitals angesprochen werden muß. Preisverteuernd wirken ferner auch auf die deutschen Waren die Belastung mit unproduktiven Verwaltungskosten, die sich aus der Inflation ergeben, die Art der Steuererhebung und nicht zum wenigsten die hohen Gewinnspannen, mit denen die deutsche Industrie seit fast zehn Jahren zu rechnen gewohnt ist.

Was aber auch immer die Ursachen der Ueberteuerung der deutschen Industrieprodukte sein mögen, sicher ist, daß die deutschen Arbeitslöhne hierzu nicht gehören. Vergleichen wir die Löhne bestimmter Berufsgruppen in Deutschland mit den Löhnen gleichartiger Berufsgruppen des Auslandes, so ergibt sich, daß die deutschen Löhne nur Bruchteile der ausländischen ausmachen. Z. B. betrug nach der Lohnstatistik des internationalen Arbeitsamtes der Durchschnittsverdienst eines Arbeiters der Metall- und Maschinenindustrie im Staate Neuyork im Mai 1923 **5,11 Dollar für den Arbeitstag,** umgerechnet nach dem Berliner Dollarmittelkurs 21,46 Goldmark. Hingegen war der tägliche Durchschnitts-Akkordverdienst eines hochqualifizierten Berliner Metallarbeiters einschließlich der sozialen Zulagen für die Ehefrau und zwei Kinder in der ersten Dezemberhälfte 1923 **5,24 Goldmark** (Wirtschaft und Statistik 1923, Heft 24), **also kaum den vierten Teil des Goldlohnes eines amerikanischen Metallarbeiter.** Aehnliche Ergebnisse zeitigen die Vergleiche zwischen den Löhnen anderer deutscher und ausländischer Industrien.

Die nachfolgenden Angaben über **Fabrikarbeiterlöhne des Auslandes** sind zum Teil den **Berichten des Internationalen Gewerkschaftssekretariats der Fabrikarbeiter (Amsterdam)** entnommen, zum Teil — für die chemische und die Papierindustrie Nordamerikas — der vom Internationalen Arbeitsamt herausgegebenen Zeitschrift „Internationale Rundschau der Arbeit".

Die im einzelnen angegebenen Lohnzahlen aus dem Auslande beziehen sich auf zurückliegende Monate, da für die letztverflossenen Angaben aber treffen die Zeitperiode, die noch unter den Wirkungen der Inflation litt. Trotzdem gibt der Vergleich ein zutreffendes Bild, weil einmal die Löhne im Ausland stabil geblieben sind, die deutschen hingegen nach der Umrechnung auf Gold durchgängig noch herabgesetzt worden sind.

	Löhne für den Arbeitstag (8 Std.)		Stundenlöhne	
	in Landeswährung	in Goldmark	in Landeswährung	in Goldmark
Chemische Industrie.				
Deutschland (Köln Anfg. Jan. 1924	—	4,00	—	0,50
England	8 $, 8 d	8,00	1 $, 1 d	1,00
Oesterreich	54 000 Kr.	8,24	0,750 Kr.	0,405
Holland	5 Gulden	8,00	62,5 Cent	1,00
Schweden	9,29 Kr.	10,12	1,15 Kr.	1,26
Dänemark	10,40 Kr.	7,82	1,80 Kr.	0,98
Vereinigte Staaten (Newyork[1]) . .	4,80 Doll.	18,08	54 Cent	3,25
Papiererzeugungs-Industrie (Facharbeiterlöhne).				
Deutschland (München)	—	4,16	—	0,52
Oesterreich	38 000 Kr	8,52	7,350 Kr	0,44
Holland	6 Gulden	9,50	75 Cent	1,20
Schweden	8,40 Kr.	9,24	1,05 Kr.	1,15
Dänemark	9,76 Kr.	7,28	1,22 Kr.	0,91
Vereinigte Staaten (Newyork[1]) . .	4,50 Doll.	18,90	56 Cent	2,36
Zement-Industrie.				
Deutschland (Neubeckum Dez. 1923)	—	3,04	—	0,38 Tarifl. Höchstl.
England	9 $	8,28	1 $, 1½ d	1,03
Schweden	5,10 Kr.	8,10	0,70 Kr.	0,77
Dänemark	11,20 Kr.	8,42	1,40 Kr	1,05 Akkordlohn
Holland	4 Gulden	6,40	50 Cent	0,80 Minimallohn
Margarine-Industrie.				
Deutschland[1]) . . 1. Ortskl. Dez. 1923	—	3,84	—	0,48
Holland	1,60 Guld	10,56	32½ Cent	1,82
Schweden	14,75 Kr.	12,92	1,47 Kr.	1,61
Dänemark	10,62 Kr	8,60	1,33 Kr.	1,00
Schweiz	15 Frcs.	11,01	1,87 Frcs.	1,37

[1] Schiedsspruch des Reichsarbeitsministeriums von den Arbeitnehmern abgelehnt.

$ = Schilling. d = Pence. Kr. = Kronen.

Die hier angegebenen ausländischen Löhne wurden nach den Berichten zum Teil in der ersten Hälfte des Jahres 1923 gezahlt, zum Teil — in Oesterreich — in den letzten Monaten vereinbart. Bei den stabilen Wirtschaftsverhältnissen des Auslandes ist es höchst wahrscheinlich, daß sie auch gegenwärtig noch in Geltung sind. —

Fast noch größer als bei den Nominallöhnen ist das Mißverhältnis zuungunsten der deutschen Arbeiter, wenn wir die Kaufkraft der ausländischen Löhne betrachten. Heft 19 der Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik" bringt Angaben über Kleinhandelspreise von Lebensmitteln im Auslande. Setzen wir diese Lebensmittelpreise in Beziehung zu den Löhnen im Auslande, so ist es geradezu erschreckend, wie außerordentlich niedrig die deutschen Reallöhne sind. Ein Arbeiter der chemischen Industrie konnte für einen Stundenlohn kaufen:

	in England[1])	in Schweden[1])	in den Vereinigten Staaten[2])	in Deutschland[3])
Roggenbrot . . Gramm	—	—	—	1200
Weizenbrot . . „	2700	1600	2800	760
Weizenmehl . . „	2700	2500	5000	1150
Rindfleisch . . „	330	670	900	160
Schweinefleisch „	—	—	820	140
Butter . . . . „	280	345	480	80
Margarine . . „	900	700	900	300
Zucker . . . . „	900	1100	2200	400
Eier . . . . . Stück	—	10	18	1,6
Milch . . . . . Liter	—	5	4,5	1,4

[1]) August 1923. [2]) Juni 1923. [3]) Hannover, Ende Dez. 1923.

Die Lohn- und Preisvergleiche für Holland und die Schweiz bringen ähnliche Ergebnisse. In Oesterreich sind die Preis- und Lohnverhältnisse ähnlich wie in Deutschland, also auch außerordentlich ungünstig für die Arbeiterschaft.

Für einen durchschnittlichen Stundenlohn konnte ein Arbeiter der chemischen Industrie im Staate Neuyork fast viermal soviel Weizenbrot, fast viermal soviel Weizenmehl, mehr als 5½mal soviel Rindfleisch, fast 6mal soviel Schweinefleisch, 6mal soviel Butter, fast 5½mal soviel Zucker, fast 3mal soviel Margarine, mehr als 3mal soviel Milch und 11mal soviel Eier kaufen, als ein Arbeiter der chemischen Industrie Hannovers; in England fast 4mal soviel Weizenbrot, 2½mal soviel Weizenmehl, 2mal soviel Rindfleisch, fast 3mal soviel Margarine, 3½mal soviel Butter, mehr als 2mal soviel Zucker; in Schweden mehr als das 2fache an Weizenmehl, mehr als das 4fache an Rindfleisch, mehr als das 4fache an Butter, mehr als das 6fache an Eier, mehr als das 3½fache an Milch.

Der hier gegebene Vergleich zwischen den deutschen und ausländischen Nominal- und Reallöhnen der Fabrikarbeiter kann als typisch gelten für die gesamte deutsche Industrie, denn die Löhne anderer Arbeiterschichten sind zum Teil nur unwesentlich höher, zum Teil aber auch noch niedriger. Der Vergleich zeigt aber mit erschreckender Deutlichkeit, auf welche niedrige Stufe die Arbeitslöhne und die Lebenshaltung der deutschen Arbeiter herabgedrückt sind. Wenn die deutsche Industrie ihre Wettbewerbsfähigkeit infolge ihrer angeblich zu hohen Produktionskosten auf dem Weltmarkt verloren hat, so sind die deutschen Arbeitslöhne ganz bestimmt nicht schuld daran. Vielmehr ist es sogar wahrscheinlich, daß die Unwirtschaftlichkeit der zu niedrigen Löhne es ist, die die Produktionskosten der deutschen Industrie ungünstig beeinflußt, denn der Arbeitslohn steht im engsten Verhältnis zur Arbeitsleistung.

Devisen-Kurse.

Amtliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

		15. Januar.	14. Januar.
		(In Millionen)	
Amsterdam	1 fl.	1 581 038	1 596 000
Buenos Aires	1 Peso	1 396 500	1 396 500
Brüssel (Antwerpen) .	1 Fr.	173 565	172 069
Kristiania	1 Kr.	598 500	604 485
Kopenhagen	1 Kr.	738 150	738 150
Stockholm	1 Kr.	1 117 200	1 124 183
Helsingfors	1 finn. Mk.	106 732	106 732
Rom	1 Lire	191 520	192 019
London	1 £	17 955 000	17 955 000
Neuyork	1 Dollar	4 189 500	4 189 500
Paris	1 Frs.	189 525	189 525
Zürich	1 Frs.	742 140	742 140
Madrid	1 Peseta	538 650	538 650
Portugal	1 Escudo	131 670	136 657
Japan	1 Yen	1 875 300	1 895 250
Rio de Janeiro	1 Milreis	466 830	470 820
Wien	1 Kr.	60 598	60 598
Prag	1 Kr.	125 186	125 186
Jugoslawien	1 Dinar	48 378	48 378
Budapest	1 Kr.	156 607	156 607
Bulgarien	1 Lewa	29 925	30 423

Volkswirtschaft.

In Dänemark haben in den Jahren 1921/23 nicht weniger als 32 Banken mit einem Eigenkapital von 300 Millionen Kronen Konkurs anmelden müssen. Der Bankrott war gewöhnlich von industriellen Pleiten begleitet, die oft erst die Ursache der Bankrachs waren. So wurde z. B. der größte Bankskandal, der dreimalige Konkurs der Landmannsbank, die jedesmal durch Staatshilfe wieder aufgerichtet wurde, durch den Zusammenbruch der „Transatlantish-Compagnie", einer Spekulationsgründung unter Voraussetzung einer Hochkonjunktur nach dem Kriege, veranlaßt. In anderen Fällen war die Ursache des Zusammenbruchs die Finanzierung der Kriegsunternehmungen und mißglückte Privatspekulationen der Bankdirektoren, die besonders in deutscher Mark erfolgten. Die Zeitungen der dänischen Wirtschaftskreise bemühen sich, die Krachs als Ausdruck einer Reinigung und Gesundung des dänischen Wirtschaftslebens hinzustellen. Ob das stimmt, muß die Zukunft lehren. An Hand der Statistik läßt sich für das Jahr 1923 eine vermehrte Produktivität der dänischen Ackerwirtschaft, besonders eine Vermehrung des dänischen Viehbestandes, feststellen. Demgegenüber ist der Preisindex von Januar 1923 bis Dezember 1923 von 179 auf 204 gestiegen.

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Freistaat Lübeck und Feuilleton Hermann Bauer; für Inserate Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. — Druck von Friedrich Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Der Einsam.

Erzählung von Ludwig Anzengruber.

5. Fortsetzung.

Bald stand der Pfarrhof im Dunkeln, alle Lichter waren verlöscht und die Inwohner zur Ruhe gegangen. Der Pfarrer lag in tiefem, ruhigem Schlafe und nur ein paar Schritte davon, in der Stube nebenan, quälten den Kaplan böse Träume — er sah den gehetzten Einsam wie ein wildes Tier in das friedliche Tal einbrechen — auf einer endlos langen Straße ging der Schneider-Tomerl dahin und schlug mit seinem Wanderstocken nach großen, runden Kieseln, die am Wege lagen, wie auf gescharene, harte Pfaffenschädel, und bei dem einen Streich rief er „just nit", bei dem andern „zu Trutz" und „zwingen nit" — und weit unten, dort wo sich der Bach ober der Mühle stauet, da fischten die Leute mit Stangen und Seilen den Leichnam einer Dirne aus dem Wasser, an deren Brust ein fahles, totes Kind angeklammert lag.

Er hatte eine recht unruhige Nacht, der gute, alte Mann.

3.

Es war zur frühen Morgenstunde. Das Licht war noch nicht wach und rings lag alle Farbe wie im Traum und sprach wie aus dem Schlafe. Es war um die Zeit, wo vor dem Tage ein leichter Schauer einhergeht. Ein Leiterwagen mit zwei Pferden bespannt, die schnaubend aus einer Futterbarre fraßen, stund vor dem Pfarrhofe, dessen beide Torflügel weit geöffnet waren; in dem Flur bewegte sich schwerfällig ein dickes Frauenzimmer, das bald nach dem Wagen, bald nach der Treppe sah, es war die Pfarrköchin, welcher die Abreise des Kaplans so nahe ging, wie der Tod des früheren Pfarrers; beide, für deren Abfütterung sie doch eine so rechtschaffen lange Zeit gesorgt hatte, gingen ja auf Nimmerwiederkehr.

Jetzt ward es laut auf der Treppe, zwei Bauernburschen schleppten sich mit der einen der beiden großen Kisten. Der Kaplan wollte seine Kostbarkeiten nicht aus den Augen lassen; unter fortwährenden Ermahnungen zur Vorsicht zwängte er sich wiederholte Male zwischen Wand und Kiste vorbei und war den Trägern bald voraus, bald neben, bald hinterher und immer im Wege, und als im Flur die Dicke angerufen wurde und, statt zur Seite zu treten, kopflos gegen die Leute anrannte und der Kaplan mit aller Kraft da anfaßte, wo nicht zu halten war, da geschah, was bei solcher mit störender Umsicht geleiteten Verhinderung zu erwarten stand, die Kiste fiel polternd zu Boden.

Wäre es zu Zeiten des Mittelalters gewesen, wo es noch fruchtete und man daher leichter darauf verfiel, der Kaplan hätte die beiden Burschen sicher in Bann getan, so aber begnügte er sich damit, unter Anrufung von „Jesus und Joseph" die Hände über dem Kopfe zusammenzuschlagen.

„Des verdanckelten Dodeln," sagt er zornig, „ös hauts mer ja alles z'samm'!"

„Na ja," sagte der eine und kraute sich die Wange, „freilich, jetzt sein wir Dodeln. Wir täten sich ja eh' leichter, wenn nit d' Jungfer Sepherl im Weg stehn und ein'm der hochwürdig' Herr nit allweil unter 'n Füßen h'rum rennen möcht'."

Die beiden Angeschuldigten ließen sich bedeuten. Die Pfarrköchin nahm dem Kaplane wiederholt die Hand küssend und drückend, Abschied und ging vor sich hinnickend nach der Küche. Ja, ja, was man erlebt, wenn man alt wird.

Der alte Herr stieg die Treppe hinan und blieb in seiner Stube, bis das letzte Gepäckstück hinweggetragen worden war, dann folgte er mit dem Handkofferchen.

Als er aus dem Tore trat, empfahl sich der eine Bursche mit vielen Kratzfüßen in ein gut' Angedenken bei dem hochwürdigen Herrn. Der gab ihm einige kleine Münzen. „O, so wär's nit g'meint gewesen," beteuerte der Beschenkte, „der'halb was anz'nehmen, müßt' er sich ja frei schämen." — dabei schloß er die Hand — „ganz für umsonst hätt's sein soll'n," — und damit schob er sie in die Tasche.

Der andere Bursche befand sich auf dem Sitzbrette des Leiterwagens, knallte mit der Peitsche und machte sich recht schmal, denn neben ihm sollte Platz, viel Platz bleiben für den Herrn Kaplan; der reichte eben sein Kofferchen hinauf und war im Begriffe aufzusteigen, da schlich einer heran, der ihm vor wenig Stunden durch die Träume spukte, der Einsam war es.

„Du fahrst fort?" sagte er.

„Wie d' siehst."

„Schad', dich hab' ich leiden mögen. Hätt' da was für dich, weil d' schon a Freud' an solchen Geziefer hast." Der Einsam zog aus der Hosentasche eine Tüte aus steifem Papier, voll Büge und Beulen.

„No, laß schaun." Der Kaplan rollte das Blatt auf und fand einen jenen Käfer, die man, ihrer langen, schön geschwungenen Fühler wegen, Böcke nennt, und der vorliegende war einer der rarsten aus dieser Familie, man konnte lange suchen, ehe man einen solchen fand. Der alte Herr schmunzelte, als er aber das Exemplar dem Auge näher brachte und merkte, daß dem Holzbocke beide Hörner geknickt waren und die Hälfte der Beine fehle, da ward er ärgerlich, zerknüllte das Ganze, wie er es in der Hand hatte, und warf es von sich. „So zug'richt't," brummte er.

„Na ja," sagte der Einsam, „hab's ja g'wußt, nit reden darf man mit euer ein'm."

Da der Kaplan eine eigentümliche Bewegung im Gesichte des Einsam wahrzunehmen glaubte, so bückte er sich rasch und nahm das Papier wieder auf. „Na, sei kein Eiel," sagte er, „gift hab' ich mich halt ein klein wenig, weil d' mer das Vieh ganz aus der Form bracht hast, weiter nix! So ein Tierl is ja kein Ochs, hätt'st schon können auch heiklicher sein!" Gutmütig lächelnd schob er den Knäuel in die Tasche; alles, auch das Wegwerfen, hat ja seine Zeit. „Werd' halt schau'n, wie ich 'n auf aleich bring'. Dank' dir schön; nun, b'hüt dich Gott!" Er klopfte ihm auf die Achsel. „Und sei jetzt fein g'scheit, du!"

Der Einsam blickte mit geringschätzigem Lächeln nach dem Pfarrhofe und schüttelte den Kopf.

Der Kaplan war auf seinen Sitz geklettert. „Na, nit trutzen, lieber nachgeben, g'scheit sein! Vorwärts!"

Der Wagen fuhr dahin.

Der Einsam stand, mit dem Rücken gegen den Pfarrhof, und sah dem Fuhrwerke nach. Plötzlich faßte ihn eine schwere Hand an der Schulter, rasch wandte er sich um und befand sich dem Pfarrer gegenüber, blitzschnell mit einem Sprunge kehrte er sich ab und wollte fort.

„Fürchtest du dich vor mir?" fragte der Pfarrer.

Da blieb der Bursche stehen.

„Sagte ich nicht, wir werden uns schon noch treffen?" fuhr der Pfarrer fort. „Nun hätten wir uns getroffen, ich denke aber, es wird für keinen von uns so gefährlich ablaufen, wie du dir einzubilden scheinst."

„Möcht's schon selber glauben; wann nur du nix anfangst, ich nit!"

„Du bist gekommen, vom Kaplan Abschied zu nehmen, warst du ihm denn so zugetan?"

„Weißt, er hat mir eben nie nix woll'n, nit in Gutem, noch im Ueblen."

„Hättest du ihm denn übelgenommen, wenn er dir Gutes gewollt?"

Na schau, mir is halt lieber, es will mir einer nit so und nit anderscht."

„Sage mir einmal, wie heißt du denn eigentlich?"

„Ich heiß nit anders, wie der Einsam."

„Du mußt doch Eltern gehabt haben, nennst du dich nicht nach ihnen?"

„Eltern? Hehe, no ja freilich, zwei müssen wohl dabei g'west sein, aber ich hab' nur d' Halbscheid von sö kennt, mein' Mutter, mit der ich d' länger' Zeit in Fried' g'lebt hab'; die andere Halbscheid, dö sich weniger um mich kümmert hat, war mir zu kein' Viertel bekannt — und war dös z' viel — und war dös mein Unglück, der'halb die, von der ich g'wußt hab', nix mehr von mir hat wissen woll'n."

„Sprich deutlich, rede dich aus."

Der Einsam sah dem Pfarrer gerade in das Gesicht, dann neigte er den Kopf nach der Richtung, in der vorhin der Wagen davon gefahren war, und sagte: „Der war nit so neugierig wie du."

(Fortsetzung folgt.)

Weylandt's ★ ★ ★ Goldbrand

dem französischen Cognac ebenbürtig. 10618

Fritz Carl Weylandt, Weinbrennerei, Kiel, Fernsprecher 2072

Inventur-Ausverkauf

10617) **ohne Rücksicht auf sonstigen Wert**

Herren-Anzüge statt 32.00—40.00 von	18^{75} an	Leder-Joppen solange der Vorrat reicht . . von	12^{00} an
Herren-Anzüge beste Qualitäten . . . . . von	28^{50} an	Winter-Paletots besonders billig . . . . . von	20^{00} an
Knaben-Anzüge, Paletots . . . . . von	5^{00} an	Hosen auch starke Arbeitshosen . . . . . von	5^{95} an

Unterzeuge, Hemd-Hosen 2^{25} — Mützen, Hüte ganz enorm billig.

Gebr. Vandsburger

Inh.: **Heinr. Wellmann,** Holstenstrasse 10.

---

3 Waggon Briketts

zum Ausnahmepreis ab Waggon Wallhalbinsel. 10622

1 Partie Braunkohlen (gesiebt) **p. Ztr. 80 Pfg.**

1 Partie Torf (etwas angefroren) **p. Ztr. 50 Pfg.**

Fernruf: 1623. 1639. **J. Roks & Co.** Lager: Wallhalbinsel

Leihhaus

Hüxstraße 113, im Flügel (10640

beleiht: Brillanten, Gold- und Silberwaren.

Chorverein Lübeck.

Mitglied des deutschen Arbeiter-Sängerbundes.

Donnerstag, den 17. Januar 1924, abends 8 Uhr

KONZERT (10614

Schubert-Schumann-Abend

im Gewerkschaftshaus.

Chormeister: Organist **Karl Kempper**
Am Klavier: Organist **Paul Müthel.**

Eintritt pro Person 50 Pf.

Für Mitglieder und Erwerbslose 10 Pf.

Eintrittsprogramme sind von Dienstag ab in den bekannten Verkaufsstellen zu haben.

Für Erwerbslose gegen Vorzeigen der Stempelkarte nur an der Abendkasse. **Der Vorstand.**

Der Saal ist gut geheizt.

Kohlen
Koks
Briketts
Grude
Braunkohlen
Holz

10429

empfiehlt frei Haus und ab Lager

Hans Lübcke

Wickedestr. 33-35.
Telephon 2378.

Einklassige Preußische werbeständige Staatslotterie.

Ziehung, 18. u. 19. Januar.

Hauptgewinn 210 000 Rentenmark.

1/10	1/5	1/2	1/1	Los
4.20	8.40	21.—	42.—	

nur noch wenige Lose vorhanden.

Carl Landwehr,
Staatl. Lotterieeinnahme.
Sandstr. 9. Telephon 2169.

(10580

Geschäftsbücher
Schreibblocks
Rechnungsblocks
Quittungsblocks
Kuverts
Klebemarken
Kellnerbonsbücher
Tinte, rot u. schwarz
Leim, gute Qualität
Bleistifte, Kopierstifte
Federn, Federhalter

zu haben in der (3762

Buchhandlung Lübecker Volksbote.

Arbeiter-Samariter-Kolonne Lübeck.

10616)

Einladung zum

3. Stiftungsfest

im Kolosseum

am Sonntag, dem 20. Januar 1924.

Kassenöffnung 5½ Uhr.

Verstärktes Ballorchester. Die Festleitung.

Bringen Sie Ihre **kranke Uhr** zum billigen Uhrmacher. 10613) Sandstr. 32.

Trockene 10638

Braunkohlen

ab Lager pro Ztr. 90 Pfg.

Heinrich Boye

Kohlenhandlung

Lindenstraße 17 a. Telephon 913.

Pferde-, Kuh-, Kroll- u. Schweins-

Haare

kaufen höchstzahlend

Gebr. Wagner

Dankwartsgrube 25, Hollenstraße 8. (10578
Fernsprecher 3414.

Angeln.-Verein „Petri Heil" E. V.

Freitag, den 18. d. M., 8 Uhr abends

Generalversammlung. 10630

Restaurant **Geerts,** Untertrave. Der Vorstand.

Beitragsmarken

für Vereine und Gewerkschaften

erfigt an und liefert prompt, preiswert und in jeder Ausführung

Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co

Ablershorst. (10612) Morgen Donnerstag Ball.

Selbstbesohler!

Herren-Ledersohl. i. Aussch. M. 1.20—1.80
Damen- „ „ „ 0.60—1.00

Garantiert rein Kern!

Bei Wunsch kann zur Stepperei gewartet werden. 10540

Fünfhausen 7.

Damenkleiderstoffe

in reichhaltiger und gediegener Auswahl empfiehlt zu konkurrenzfähigen Preisen, da **direkt** ab **sächsischer** Fabrik,

F. Spethmann, Breite Str. 31

(im Hause Arnold Berg)

10475) **Etagengeschäft.**

Zur Aufklärung!

Die in den Tageszeitungen angepriesene dänische Pflanzenbutter ist Margarine und keinesfalls den Fabrikaten unserer deutschen Industrie überlegen. Wer ausländische Waren kauft, ohne für sich einen Vorteil zu erzielen,

schädigt den deutschen Arbeiter

sowie die ganze Volkswirtschaft, ohne sich zu nützen.

Verein Lüb. Margarinefabrikvertreter

E. V. 10628

Ia. geräucherter Schinken und Mettwürste

zu billigem Verkauf bei **A. Plaht,** Renfeld, Warner Straße 22. 10626)

Jamaika-Rum (Verschn.) Fl. 2,50 Mk.

Weinbrand (Verschn.) Fl. 2,20 Mk.

Tafel-Kümmel Fl. 1,90 Mk.

Monopol-Kümmel Fl. 2,15, 2,30 Mk. 10602

Eduard Speck

Hüxstraße 80/84.

Taschenuhr mit Wck-Uhr empfiehlt Wilh. Westphal, Schlachtstr. 32. (10662)

Verein der Freunde von Sing- und Ziervögeln

bittet alle edeldenkenden Menschen, in dieser harten Zeit auch der hungernden Vögel zu gedenken. 0593

Vereins- u. Vergnügungs-Anzeigen

Arbeiter-Radfahrer-Bund „Solidarität"

Ortsgruppe Kücknitz.

1. diesjähriger Maskenball

am Sonnabend, dem 19. Jan.,
in Dieckelmanns Gasthaus
Ballanfang 6 Uhr.

Maskenzug 7.30 Uhr. Maskenkostüme ab Sonnabend mittag im Lokal. (10639) Der Festausschuß.

Plattdütsche Volksgilde to Lübeck.

10624

Donnerstag, d. 17. Jan. Klock ½8 (10624

in't Kolosseum

3. Klönabend

mit Musik un Theater.

Deutscher

Holzarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Lübeck (10634

Außerordentliche Mitglieder-Versammlung

am Donnerstag, 17. Jan. abends 7½ Uhr im **Gewerkschaftshaus.**

Tagesordnung:
1. Bericht von der Bezirkskonferenz.
2. Verschiedenes.

Die Ortsverwaltung.

Trocadero.

Schüsselbuh. 4. F. 787

Täglich ab 5 Uhr nachmittags:

Stimmungs-Konzerte. 10615

Hansa-Theater.

Täglich 7½ Uhr abends:
Der große Lacherfolg
111 Lachsalven.

„Sündflut"

Sonntag, 3 Uhr nachm.
Kindervorstellung
zu ganz kleinen Preisen.
(Mk. 1,00 — Mk. 0,20).
Zum letzten Male
Hänsel u. Gretel.
(10631)

Fledermaus

8 Uhr.

10207)

Stadttheater Lübeck.

Donnerstag, 7.30 Uhr: **Die Ratten.**
Freitag, 7.30 Uhr: **Fidelio.** (10610

Gas cbm 21 Goldpfg., Lichtstrom kkw 65, Kraftstrom 30, Wasser cbm 15/30, heizbare Räume mit Leitung 20, ohne Leitung 10 Goldpfg. (10623

Lübecker Volksbote

Beilage. Mittwoch, 16. Januar 1924. Nummer 13.

Freistaat Lübeck.

Mittwoch, 16. Januar.

Die enttäuschten Spatzen.

Dem Schnee sind die Spatzen feindlich gesinnt. Sie haben den Aerger und den Nachteil. So manche Brotrinde, so manches Körnchen und vielleicht mancher fetter Bissen ist eingeschneit. Die Vögel hungern wie die Menschen. Mitten auf dem Fahrdamm liegt ein kleines hartes Stück Brot. Eine große Schar Spatzen, recht temperamentvoll schilpend und piepsend, sitzt ringsum. Das Seltsame ist, daß sich erst nach einer ganzen Weile ein Spätzlein an das Brot heranwagt. Kaum hat es einen Schnabelhieb hineingetan, da stürzen sich die anderen wie wild auf den armen hungrigen Kerl und jagen ihn weg. Genau so geht es einem zweiten und dritten. Der Zank geht immer lustig weiter. Sie werden mit der Teilung nicht einig. Vielleicht haben sie auch gar kein Interesse an der Einteilung. Eine allgemeine Schlägerei und Rauferei um das Stück Brot beginnt. Paßt einer den günstigen Moment ab und will mit dem Brotkrümel im Schnabel davonfliegen, so muß er es bitter büßen. Unzählige Schnabelhiebe prasseln solagne auf ihn nieder, bis er es wieder fallen läßt. Einer gönnt dem andern nichts. Nun aber kommt ein schwerer Kohlenwagen dahergefahren. Die Pferde keuchen und schwitzen. Nur schwer kommen sie mit der Fuhre vorwärts. Lustig läßt der Kutscher seine Fuhrmannspeitsche knallen. Erschreckt fliegen sämtliche Spatzen auf und lassen sich auf einem nahen Baum nieder. Scheinbar in friedlicher Eintracht sitzen sie auf den kahlen Aesten. Oben, unter- und nebeneinander. Endlich ist der Wagen vorüber, und es kommt wieder Leben in die ganze Spatzengesellschaft. Alle fliegen geschwind zu der Stelle, wo die Brotrinde gelegen hat. Aber so sehr sie auch ihre Köpfchen nach allen Seiten drehen, hin- und herhüpfen und mit ihren klugen Aeuglein jede Stelle absuchen, alles ist vergebens. Das Brotstückchen ist und bleibt eben verschwunden. Aber an der Stelle, wo es gelegen hat, läuft eine breite und tief in den Schnee gepreßte Radspur. Als die Spätzlein das merken, piepsen sie traurig. Einer scheint dem andern Vorwürfe zu machen. Sie mußten sich mit dem Ausgang ihres Bruderkampfes abfinden. Die Schuld hatten sie selbst. Die Einsicht kam zu spät. Mit hungrigem Magen flogen sie davon. Und indem man über das soeben Gesehene aus dem Leben der armen kleinen Proletarier aus dem Tierreich nachsinnt, merkt man plötzlich, daß das harmlos aussehende Ereignis ein Symbol ist, ein Gleichnis für einen ganz ähnlichen Vorgang in der menschlichen Gesellschaft. Wer da aber die armseligen Spatzen sind, und wer der Kohlenwagen, das braucht nicht erst ausdrücklich gesagt zu werden. Nur möchte man die Hoffnung nicht aufgeben, daß die Menschen doch endlich ein bißchen klüger werden als die Spatzen.

Sozialdemokratische Hausbesitzer. Die parteigenössischen Hausbesitzer werden zu Donnerstag, den 17. Januar, abends 7½ Uhr, zu einer Besprechung nach dem Gewerkschaftshause gebeten.

Zapfenstreich der Reichswehrkapelle. Wir lesen in den „Lüb. Anz.": Das Kommando der Garnison Lübeck teilt mit, daß am 17. Januar 1924 als am Vorabend des Jahrestages der Reichsgründung ein Zapfenstreich der Kapelle II (Hanseatischen) Bataillons des 6. Infanterie-Regiments stattfindet. Der Weg ist folgender: Moltkestraße, Hüxstraße, Breite Straße, Mühlenstraße, Hüxtertor-Allee. Der Zapfenstreich endigt 8.45 Uhr abends am Offizierkasino, Hüxtertor-Allee 2. — Wir nehmen an, daß mit dieser Neuerung in Zukunft auch die anderen wichtigen Gedenktage des Reiches eingeleitet werden: der 9 November und der 11. August. Sie sind — wenn Entwicklung und Fortschritt sinngemäß ausgelegt werden — eine logische Folgerung des Vergangenen.

w-r. **Stadthallen-Lichtspiele.** Mit dem Film „Neuyork bei Nacht" hat die Direktion nicht das beste Erzeugnis der amerikanischen Film-Industrie gewählt. Man hat schon bessere Sachen aus dem Lande der unbegrenzten Möglichkeiten gesehen. Die Hintertreppengestalten mögen wohl das Durchschnittspublikum begeistern und ein volles Haus sichern, aber die Verbrechergeschichten, die ebensogut in jeder anderen Weltstadt spielen könnten, haben eine ziemlich belanglose Handlung. Der erste Teil zeigt die Tricks einer Halbweltdame, die einen geköderten Geldmann auszunutzen sucht. Der vermeintliche Liebhaber entpuppt sich aber als Kriminalbeamter und überführt die Hochstaplerin samt ihrem Komplizen der Gerechtigkeit. Der andere Teil führt in die düsteren Winkel der Großstadt und endigt nach einer wilden Verfolgung mit dem Tode der Verbrecher. In der Komödie „Die Puppenklinik" spielt Hans Junkermann einen heruntergekommenen Baron, der durch seine Kinder (dargestellt von Hilde Hildebrandt und einem reizenden Jungen) zu seiner Familie zurückgeführt wird.

w-r. **Im Biophon-Theater** gibt es einen bei den Kinobesuchern so beliebten Detektiv-Film; „Gentleman Gauner" ist das Stück benannt. Diesmal ist es Jon Deebs der die Verfolgung zweier Spitzbuben aufnimmt. Durch tollkühne Motorradkünste entwischt ihm seine Beute wieder, bis er schließlich doch Sieger bleibt, die Verbrecher entlarvt und wohlbehalten ins Gefängnis befördert. Namhafte Künstler: Uschie Elleot, Kaiser-Tietz, Beckersachs u. a. spielen die Hauptrollen. — Das Geheimnis der Herzogin ist ein unterhaltender Gesellschafts-Film in fünf Akten.

Bürgerschaftsvorlagen.

Zuschlag zur Gewerbesteuer. Die in der Zeit vom 1. bis 13. November 1923 erhobene Gewerbesteuer hat infolge der außerordentlichen Geldentwertung einen nennenswerten Ertrag nicht geliefert. Bei der schwierigen Finanzlage des Staates kann jedoch auf einen angemessenen Ertrag aus dieser Steuerquelle nicht verzichtet werden. Es läßt sich deshalb eine nochmalige Erhebung der Steuer nicht vermeiden. Da die Goldrechnung sich inzwischen durchgesetzt hat, ist nunmehr auch die Steuer in Goldmark zu erheben. Vor dem Kriege erbrachte die Steuer etwa 350 000 Mk. bis 400 000 Mk. Bei der jetzigen schwierigen Wirtschaftslage der beteiligten Volkskreise wird dieser Betrag als Sondersteuer nicht aufgebracht werden können; etwa die Hälfte erscheint jedoch erträglich und angemessen. Um dies Ergebnis zu erzielen, ist der 250fache Betrag der bisher erhobenen Steuer, gleich ¼ **Goldmark für je 1 Milliarde Papiermark, nochmals zu erheben,** wobei die Erträge bis 250 000 Mk., denen ein Steuerbetrag von 15—16 Milliarden entspricht, zur Schonung der weniger leistungsfähigen Steuerpflichtigen freigelassen werden sollen. Einem Antrage der Finanzbehörde folgend, stellt der Senat einen dementsprechenden Antrag zur Mitgenehmigung der Bürgerschaft.

Erhöhung der Schankgewerbesteuer. Durch den dritten Nachtrag zu dem Gesetze vom 3. Oktober 1906, betreffend die Erhebung einer **Gewerbesteuer von dem Betriebe der Gast- oder Schankwirtschaft** sowie des **Kleinhandels mit Branntwein oder Spiritus,** vom 21. Juli 1923, ist die Gewerbesteuer wie folgt festgesetzt worden: für die erste Klasse auf 60 000 Mk., für die zweite auf 150 000 Mk., für die dritte auf 300 000 Mk., für die vierte auf 600 000 Mk., für die fünfte auf 1 500 000 Mk. Eine Erhöhung der Steuersätze ist erforderlich. Auch ist es notwendig, die Steuerbeträge in Goldmark festzusetzen. Das Polizeiamt hat folgende Sätze vorgeschlagen: für die erste Klasse **10,** für die zweite **20,** für die dritte **30,** für die vierte **50** und für die fünfte **80 Goldmark.** Da in der Vorkriegszeit die Steuer in der ersten, zweiten, dritten und vierten Klasse (eine fünfte Klasse gab es damals noch nicht) 30, 60, 100 bezw. 300 Mk. betrug, würde die Erhöhung für die ersten drei Klassen ein Drittel und für die vierte Klasse ein Sechstel dieser Steuerbeträge ausmachen. Bei der gegenwärtigen Lage des Wirtschaftsgewerbes erscheinen indes die vorgeschlagenen Sätze angemessen und gerechtfertigt. Der Senat ist bereit, dem Antrage des Polizeiamts zu entsprechen, und stellt einen diesbezüglichen Antrag zur Mitgenehmigung der Bürgerschaft.

Vorarbeit zur Bürgerschaftswahl.

Einen erfreulich guten Besuch wies wieder die außerordentliche Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins am Dienstag abend auf. Wieder war der große Saal des Gewerkschaftshauses lückenlos gefüllt, ein Beweis für das neuerwachte Parteiinteresse unserer Genossen.

Als erster Punkt wurde die **Vorstandswahl** erledigt. Genosse Dr. Leber, der seit vorigem Jahr vertretungsweise auch als erster Vorsitzender fungierte, bat wegen Arbeitsüberlastung um Enthebung von diesem Amt. Die Versammlung wählte einstimmig den Genossen Haut zum ersten Vorsitzenden. Genosse Haut gedachte der Verdienste des früheren Vorsitzenden, Genossen Paul Löwigt, der anderthalb Jahrzehnte diesen Posten zum Wohle der Partei verwaltete. — Als Beisitzer wurde an Stelle Hauts der Genosse Frank vom Holzarbeiterverband gewählt.

Zur Bürgerschaftswahl hielt Genosse Weiß ein kurzes Referat, in dem er die Aufgaben unserer Partei und die Absichten der politischen Gegner scharf hervorhob. Als erfreulichstes Zeichen konstatierte Genosse Weiß die Tatsache, daß wir einig und geschlossen in den Wahlkampf ziehen. Als Sozialdemokraten seien wir verpflichtet, unsere Grundziele in den Vordergrund des Kampfes zu stellen. Die sozialdemokratischen Anschauungen müßten wieder Gemeingut der Bevölkerung werden. Es handle sich jetzt darum, die Grundrechte der Weimarer Verfassung und des Lübecker Volksstaates gegen den Einfluß der Reaktion zu festigen. Dazu bedürfe es der Mitarbeit aller. Wir müßten den Kampf gegen zwei Seiten führen, zum Teil leider gegen die eigenen Klassengenossen, die Kommunisten. Die Sozialdemokratie führe den Kampf nicht um persönliche Dinge, weiche aber — falls der Gegner zu einer anderen Form zwinge — der Kampfesart nicht aus. Dem Bürgertum sei nichts heiliger als die Bekämpfung der Sozialdemokratie, es verfolge die Kommunisten lange nicht so gehässig, weil es wisse, daß die Sozialdemokratie auf realem Boden stehe und Programmpunkte habe, die sich auch unter dem heutigen kapitalistischen System verwirklichen lassen, und das wollen die Reaktionäre verhindern. Der Redner forderte zum Schlusse alle Genossinnen und Genossen auf, mit aller Kraft in den Wahlkampf einzutreten und unermüdlich für unsere Sache zu wirken.

*

Es wurde ein Hauptwahlausschuß gewählt, dem folgende Genossen angehören: Paul Löwigt, Mehrlein, Weiß, Dr. Leber, Dreger, Steinberg, Haut, Dr. Haun, Johannson, R. Meier, Prieß, Meerrettig, Braasch, Daniel und die Genossin Schmalfeld.

*

Genosse Haut verlas die vom Vorstand und Ausschuß aufgestellte Kandidatenliste, gegen die einige Einwendungen erhoben wurden. So verlangte der Genosse Bonitz im Auftrage des Mieterschutzvereins zwei besondere Kandidaten auch im Auftrage der Zentralinstanzen. Der Mieterschutzverein leiste wichtige Arbeit im Interesse der Volksgenossen und wolle deshalb nicht nur als Bittsteller in den Parlamenten und Parteibureaus erscheinen. — Der Lübecker Beamtenbund forderte ebenfalls zwei besonders empfohlene Kandidaten an sicherer Stelle und versprach dafür Unterstützung der SPD.-Liste. Beide Anträge wurden abgelehnt.

Genosse Dreger erklärte, die sozialdemokratische Fraktion vertrete als obersten Grundsatz die Allgemeininteressen, in denen diejenigen der Mieter einbegriffen seien. Er habe diese in der Bürgerschaft dutzendmal mindestens so gut vertreten, als es organisierte Mieter tun könnten. Genosse Dreger brandmarkte im besonderen noch die Drohung einzelner Genossen, aus der Partei auszutreten, falls der Sonderwunsch nicht erfüllt werde.

Nach einigen Umstellungen wurde die Vorschlagsliste des Vorstandes und Ausschusses einstimmig angenommen.

*

Die Kandidatenliste.

1. Ehlers, Gustav, Angestellter. 2. Haut, August, Handelskontrolleur. 3. Dreger, Alfred, Gewerkschaftssekretär. 4. Puls, Heinrich, Bäcker. 5. Löwigt, Adolf, Gewerkschaftsbeamter. 6. Wolfradt, Hermann, Parteisekretär. 7. Leber, Dr., Julius, Schriftleiter. 8. Möller, Karl, Hafenarbeiter. 9. Thies, Christian, Oekonom. 10. Mengel, Helene, Hausfrau. 11. Bruns, Wilhelm, Schneider. 12. Nehlsen, Emma, Hausfrau. 13. Kassbohm, Walter, Schlosser. 14. Pieth, Dr. Wilhelm, Direktor. 15. Kleinfeld, Adolf, Gewerkschaftsbeamter. 16. Knapp, Emil, Former. 17. Reisberger, Georg, Kassenangestellter. 18. Hagelstein, Hans, Assistent. 19. Passarge, Otto, Maurer. 20. Zander, Arnold, Mittelschullehrer. 21. Steinberg, Heinrich, Geschäftsführer. 22. Haun, Dr. Oskar, Rechtsanwalt. 23. Maintz, Josef, Gewerkschaftsbeamter. 24. Weiß, Alfred, Parteisekretär. 25. Frost, Ernst, Postbeamter. 26. Reppenhagen, Albert, Lagerhalter, Moisling. 27. Meerrettig, Hans, Gewerkschaftsbeamter. 28. Brehmer, Hermann, Rechtsanwalt. 29 und 30 für Kücknitz und Schlutup vorbehalten. 31. Fresemann, Henny, Angestellte. 32. Heuer, Ernst, Moorgarten. 33. Köster, Gustav, Arbeiter, Vorwerk. 34. Göhr, Richard, Sekretär. 35. Schmedemann, Karl, Angestellter. 36. Giewald, Max, Maschinist. 37. Denker, Johs., Angestellter. 38. Fischer, Robert, Bureauassistent. 39. Warnke, Adolf, Angestellter. 40. Werner, Fritz, Maurer. 41. Franck, Heinrich, Tischler. 42. Olbrich, Wilhelm, Tischler. 43. Wegner, Wilhelm, Schmied 44. Schmalfeldt, Paul Schmied. 45. Bollow, Otto, Schlosser. 46. Teß, Karl, Werkmeister. 47. Bülk, Friedrich, Gewerkschaftsbeamter. 48. Zimmermann, Severin, Buchbinder. 49. Nupnau, Heinrich, Geschäftsführer. 50. Schnoor, Ludwig, Angestellter. 51. Kaping, Ella, Hausfrau. 52. Sohnrey, Joh., Staatsarbeiter. 53. Litzendorf, Heinrich, Maurer, Travemünde. 54. Kaping, Georg, Angestellter. 55. Quade, Johs., Schleifer. 56. Natzke, Friedrich, Schneider. 57. Steen, Fritz, Maurer. 58. Lemke, Ludwig, Zimmermann. 59. Lange, Johs., Ober-Zollsekretär. 60. Ostermeyer, Ferdinand, Arbeiter. 61. Heitmann, Wilhelm, Schlosser. 62. Blöß, Gustav, Arbeiter. 63. Köpke, Anni, Bureauangestellte. 64. Wulf, Gustav, Hafenarbeiter. 65. Krefft, Robert, Arbeiter, Moisling. 66. Lüth, Karl, Tischler. 67. Utesch, Ludwig, Schmied. 68. Busch, Johannes, Arbeiter, Kurau. 69. Lehmkuhl, Franz, Oberweichensteller. 70. Kragmann, Max, Schlosser. 71. Beckmann, Wilhelm, Lagerhalter. 72. Rave, Claus, Hafenarbeiter. 73. Jakobi, Fritz, Angestellter. 74. Pries, Heinrich, Töpfer. 75. Hähnke, Otto, Arbeiter. 76. Kipke, Heinrich, Arbeiter, Sierksrade. 77. Jürs, Straßenreiniger. 78. Dietz, Karl, Maurer, Kronsforde. 79. Grube, Hans, Zimmermann, Kronsforde. 80. Braasch, Walter, Dreher.

Der Arbeitsmarkt im Dezember.

Die allgemeine Lage des hiesigen Arbeitsmarktes hat im Dezember gegenüber dem Vormonat eine kleine Besserung erfahren, wenigstens hat die Zahl der Erwerbslosen im Berichtsmonat abgenommen. In der Landwirtschaft ruhte die Vermittlung wie ja alljährlich um diese Jahreszeit fast ganz. Auch im Metall- und Baugewerbe war keine erhebliche Veränderung zu verzeichnen, während im Holzgewerbe eine kleine Besserung eintrat. Auch für Handels- und Bureauangestellte bot sich verschiedentlich während des Berichtsmonats vorübergehende Beschäftigung. Leider war für jugendliche und ungelernte Arbeiter die Lage unverändert schlecht. Erfreulicherweise war dagegen die Lage auf dem weiblichen Arbeitsmarkt günstiger. Im Nahrungsmittelgewerbe wurden infolge des Weihnachtsfestes Kräfte eingestellt und das Handelsgewerbe benötigte verschiedentlich Aushilfen.

Statistischer Monatsbericht für Dezember 1923.

Nach der Fortschreibung des Statistischen Landesamtes betrug die Bevölkerung der Stadt Lübeck Ende Dezember nur 122 769 gegen 123 064 im Vorjahre. Ihr Rückgang ist auf die größere Abwanderung der letzten Zeit zurückzuführen. Im Dezember z. B. standen 927 Zugezogenen wiederum 995 Fortgezogene gegenüber, sodaß die örtliche Bevölkerungsbewegung einen Verlust von 55 Personen mit sich brachte. Die natürliche ergab wieder einen kleinen Gewinn von 13 Personen gegen 33 im Vormonat. Ehen wurden 121 geschlossen, d. h. 30 weniger als im vorigen Dezember. 19 Männer und 17 Frauen heirateten zum wiederholten Male. Die auf 1000 Einwohner und auf das Jahr berechnete Heiratsziffer war mit 11,8 um 2,9 niedriger als die vorjährige (14,7). Die Gesamtzahl der Geborenen einschließlich der Totgeborenen belief sich auf 171 (88 Knaben und 83 Mädchen) gegen 155 im November und 203 im Vorjahre. Die auf 1000 Einwohner und auf das Jahr berechnete Geburtsziffer betrug 16,7; sie war um 1,6 höher als die vormonatige, blieb aber mit 3,1 hinter der vorjährigen zurück. 22 oder 12,9 (1922: 15,8) v. H. waren unehelich und 5 oder 2,9 (5,4) v. H. tot. Gestorben sind 153 Personen und zwar 73 männliche und 80 weibliche. Im Vormonat starben 119 und im Dezember v. J. 197. Von den Gestorbenen waren 25 oder 14,6 (20,8) v. H. unter 15 Jahre und 77 oder 45,0 (50,3) v. H. über 60 Jahre alt. Die allgemeine Sterbeziffer (auf 1000 Einwohner und auf das Jahr berechnet) war mit 14,9 ungünstiger als im Vormonat (11,6), aber erheblich besser als im vorigen Jahre (19,1). Im ersten Lebensjahr stehende Kinder starben 14 (29), hierunter 6 an angeborener Lebensschwäche. Die allgemeine Säuglingssterbeziffer war mit 77,7 bedeutend niedriger als im Vorjahre (147,8). Todesursache war 20mal Altersschwäche, je 19mal Gehirnschlag und Krankheiten der Kreislauforgane, 17mal Tuberkulose (im Vormonat nur 6), 12mal Krankheiten der Verdauungsorgane, 10mal Krebs und 8mal Lungenentzündung. Gewaltsamen Todes starben 13 Personen und zwar 3 durch Selbstmord und 10 durch Verunglückung.

Wiedereinführung des Mieterschutzes bei Neubauten, die mit Staatszuschuß errichtet sind.

Durch das am 1. Oktober 1923 in Kraft getretene Mieterschutzgesetz waren von jedem Mieterschutz befreit Neubauten oder durch Umbauten oder Einbauten neu geschaffene Räume, die nach dem 1. Juli 1918 bezugsfertig geworden sind oder künftig bezugsfertig werden. Diese Bestimmung hat zu großen Unbilligkeiten geführt in allen Fällen, in denen der Neubau oder Einbau nur durch öffentliche Zuschüsse ermöglicht war, der Eigentümer des Grundstückes als Gegenleistung für den Staatszuschuß die geschaffenen Wohnräume einem dringlich Wohnungsuchenden zur Verfügung gestellt hatte oder auch z. B. in einem Siedlungshaus zur Aufbringung der restlichen Baukosten einen Mieter hineingenommen hatte und nunmehr auf Grund der Befreiung des Mieterschutzgesetzes diesem Mieter kündigte. Da die Wohnungsnot **noch keineswegs geringer geworden ist,** droht solchen Mietern die Obdachlosigkeit, während auf der anderen Seiter der Grundeigentümer in den meisten Fällen den Staatszuschuß in **entwertetem Gelde zurückgezahlt und damit ein gutes Geschäft gemacht hat.** Der Gedanke, der dem Mieterschutzgesetz vorgeschwebt hat, daß die Grundeigentümer, die unter eigenen Opfern neuen Wohnraum geschaffen hatten, durch die Befreiung des neu geschaffenen Raumes von dem Mieterschutz bevorzugt werden sollten, trifft auf die Mehrzahl der Fälle nicht zu; am allerwenigsten auf die **lübeckischen Staatshäuser, die völlig aus Staatsmitteln für die bedürftigsten Wohnungsuchenden errichtet** worden und später an einen der Einwohner verkauft worden sind. Die Befreiung dieser Räume vom Mieterschutz hat zu ganz unerträglichen Ergebnissen geführt, so daß die **Reichsregierung** durch eine Verordnung auf Grund des **Ermächtigungsgesetzes** den obersten Landesbehörden die Befugnis gegeben hat, diese **Befreiung wieder aufzuheben.** Davon hat der lübeckische Senat Gebrauch gemacht und hat angeordnet, daß die **Vorschriften des Mieterschutzgesetzes,** auf die nach dem 1. Juli 1918 bezugsfertig gewordenen **Neubauten oder durch Um- und Einbauten** neu geschaffene Räume mit Wirkung vom 1. Januar 1924 an **wieder Anwendung** finden. Soweit es sich um Räume handelt, für die Zuschüsse aus öffentlichen Mitteln gegeben sind. Kündigungen solcher Räume durch den Vermieter, die seit dem 1. Januar 1924 erfolgt sind, sind somit wirkungslos. Der Vermieter kann bei derartigen Räumen ebenso wie bei alten Häusern den Mieter gegen dessen Willen nur los werden, wenn er die Mietaufhebungsklage beim Amtsgericht an-

strengt. Diese hat nur Erfolg, wenn ganz bestimmte im Gesetz aufgezählte Gründe für die Mietsaufkebung bestehen (Zahlungsverzug, vertragswidriger Gebrauch des Mieters, dringender eigener Raumbedarf des Vermieters). Soweit die Kündigung bereits auf den 31. Dezember 1923 oder einen früheren Zeitpunkt ausgesprochen ist, kann das Amtsgericht zur Vermeidung unbilliger Härten im Räumungsprozeß die Zwangsvollstreckung von der Bereitstellung ausreichender Ersatzräume abhängig machen.

Unternehmerbrutalität.

„Wenn die Arbeiter aus Prinzip den Achtstundentag wollen, müssen sie auch aus Prinzip hungern."
Direktor Dyhhoff der Hansa-Lloyd-Werke in Bremen.

Empörender hat wohl noch nie ein Unternehmeranwalt seine rigorosen Maßnahmen gegen die Arbeiterschaft begründet, wie dieser Werksdirektor. Seine Worte sind typisch für die Denkweise der Kapitalisten. Solche Sprache ist mehr als deutlich. Mit dem blanken Hunger will dieser Unternehmertyp seine Arbeiterschaft niederwerfen. Das Leid der blassen, ausgehungerten Kinder, der abgehärmten Frauen, will er zur unermeßlichen Qual steigern, um die Arbeiterschaft in die Knie zu zwingen.

Dieses blindwütige Vorgehen wird sich bitter rächen. Der Wille der Arbeiterschaft, sich zu wehren und um allen Preis der Welt wieder eine eiserne Phalanx aufzurichten, wird sich in die Tat umsetzen und so sicher wie nur etwas die Scharfmachereien rächen.

Nicht nur brutal und unbeschreiblich niedrig sind die obigen Worte, sondern auch sinnlos und kurzsichtig, wenn sie darauf anspielen sollten, daß nur mit langer Arbeitszeit die Arbeiter nicht hungern brauchen und die Wirtschaft dann flott gehen würde. Dagegen spricht alle Erfahrung. Trotz 12- bis 14stündiger Arbeitszeit herrschte früher unter der Arbeiterschaft das fürchterlichste Elend, erst mit dem Verkürzen der Arbeitszeit und dem damit verbundenen Zwang für die Industrie, sich technisch besser einzurichten, verbesserte sich die Lebenslage der Arbeiterschaft. Auch heute, wo in schweren Wirtschaftskrisen sich der Konsum der Welt neu verteilt, gilt es technisch und organisatorisch die größte Leistung zu schaffen und nicht durch Hungerlöhne und lange Arbeitszeit die denkenden und schaffenden Kräfte bis zur Bewußtlosigkeit auszupowern.

Die Scharfmacher können nicht mit volkswirtschaftlichen Gründen die Notwendigkeit ihrer Brutalität beweisen, sie gehen lediglich deshalb so vor, weil sie glauben, daß die Arbeiterschaft jetzt durch den langen Entbehrungsfeldzug „sturmreif" geworden ist. Sie sollen sich nicht selbst täuschen. Die Organisationen sammeln sichtlich neue Kraft. Wir wollen in diesem Zusammenhang daran erinnern, daß allein in den Jahren von 1900—1910 die Gewerkschaften elf Millionen Mark für die Kämpfe um die Verkürzung der Arbeitszeit aufbrachten, trotzdem damals erst 1½ Millionen Organisierte vorhanden waren! Heute sind diese Zahlen längst überholt und um so schneller wird eine Formation mit allen Mitteln, deren sie bedarf, ausgerüstet sein, damit sie den Vorkampf erfolgreich aufnehmen kann. Schneller wie viele Unternehmer glauben, wird dann das Gros folgen und sich sein Recht schaffen.

Eisbericht.

(Vom 15. Januar.)

Die günstigen Witterungsverhältnisse der letzten Tage trugen dazu bei, die ziemlich stark vom Eise bedrängten Häfen des Sundes und Kattegats weiter zu befreien, sodaß mit einem regeren Schiffsverkehr in den nächsten Tagen gerechnet werden kann.

Die Zufahrtsstraßen nach und von Lübeck sind eisfrei, die Schiffahrt in der Lübecker Bucht und auf der Trave nach wie vor unbehindert.

Am 14. Januar 1924 kamen an: Dampfer „Wiborg" leer von Kopenhagen, Fischdampfer „Hamm" mit Fischen für Schlutup von Stornoway, am 15. Januar 1924: Dampfer „Mira" mit Stückgut von Helsingfors.

Abgegangen sind am 14. Januar 1924: Dampfer „Jonas Sell" nach Königsberg, Fischdampfer „St. Pauli" nach Stornoway, Dampfer „Rhea" nach Danzig.

Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.

Sozialdemokratischer Wahlausschuß. Donnerstag, den 17. d. Mts. 8 Uhr Sitzung im Sekretariat.

Stadttheater. Donnerstag zum ersten Mal „Die Ratten", Tragikomödie von Gerhard Hauptmann. Freitag erste Wiederholung von Beethovens „Fidelio".

Neuanstellung im Stadttheater. Fräulein Gildegard v. Zedtwitz wurde nach erfolgreichem Gastspiel von der Intendanz dem Lübecker Stadttheater verpflichtet.

Hansa-Theater. Heute und folgende Tage: Die Lübecker Operette „Wuschel". Sonntag nachmittag 3 Uhr Kindervorstellung zu ganz kleinen Preisen; zum letzten Male: „Hänsel und Gretel".

Angrenzende Gebiete.

Eutin. Eine Brandkatastrophe auf dem Eutiner Bauhof. Wie der Anz. f. d. F. L. berichtet, sind — wahrscheinlich durch Brandstiftung — die beiden Kornscheunen des Bauhofes mit ihrem wertvollen Inhalt am Montag abend vernichtet worden. Zunächst brannte die Scheune am Sauernkrug und dann die auf dem Wirtschaftshofe selbst. Nach Lage der Sache konnte es nur noch Aufgabe der Feuerwehr sein, die Nachbargebäude vor dem mächtigen Flugfeuer zu schützen, glücklicherweise kam hierbei der starke Süd-Ost-Wind zu Hilfe. Wie bei allen solchen bedeutenden Ereignissen stellen sich auch sofort alle möglichen Mutmaßungen ein usw., so nimmt man an, daß der oder die Täter die Feuerwehr zunächst nach der Sauernkrug-Scheune locken wollten oder aber sollte es vielleicht an beiden Stellen zu gleicher Zeit brennen, um die allgemeine Bestürzung noch zu erhöhen? Fast scheint es auch, als ob die Frevler ein menschliches Mitleid mit dem Viehbestande des Bauhofes gehabt und bewußt die Viehställe geschont haben, so daß für alle Fälle auch noch Zeit geblieben war, die Tiere vorsichtshalber auf die Koppeln zu jagen. Nähere Angaben über die Höhe des Gesamt-Verlustes lassen sich zur Stunde noch nicht geben, auch weiß man noch nicht, ob drei vermißte Füllen dem Brande zum Opfer gefallen oder weggeführt sind.

Hamburg. Ein Sieg über die kommunistische Opposition im Metallarbeiterverband. Bei der Neuwahl der Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes haben die Kommunisten eine entscheidende Niederlage erlitten. Die Wahlbeteiligung war allgemein nur schwach. Von 5183 Stimmen erhielt die Liste M. Peterien 3828 Stimmen, während auf die Liste Reimers, der sogenannten „freigewerkschaftlichen Opposition" nur 1352 Stimmen entfielen. Das Wahlergebnis hat gezeigt, daß die Mehrheit der Mitglieder die sich an der Abstimmung beteiligten, von den Moskauer Methoden nichts wissen will, und eine ruhige, aber zielbewußte Aufwärtsentwicklung der Organisation wünscht. — Hamburgs Seeschiffahrt 1923. Nach einer vergleichenden Uebersicht des handelsstatistischen Amts kamen im Jahre 1923 aus See (ohne die Schiffe der Hochseefischerei) 13 192 Schiffe mit insgesamt 15 619 000 Reg.-Tons den Häfen seewärts verließen. — Im Jahre 1913 trafen aus See in Hamburg ein 15 673 Schiffe mit 14 185 000 Reg.-Tons, den Häfen verließen im selben Jahre 15 627 Schiffe mit 14 440 000 Reg.-Tons. Nach der Tonnenzahl gerechnet sind also die Frequenzziffern der Vorkriegszeit nicht nur wieder erreicht, sondern sogar schon etwas überschritten worden.

Genossenschaften.

Noch immer Doppelbesteuerung der Konsumvereine. Der Reichswirtschaftsrat hat bekanntlich die Abschaffung der Doppelbesteuerung der Konsumgenossenschaften beschlossen, die in der Erhebung der vollen Umsatzsteuer bei der Warenabgabe an die Mitglieder liegt. Die Reichsregierung hat diesem Beschlusse bei der zweiten Steuerverordnung nicht entsprochen, obwohl mehrfach Verhandlungen zwischen Vertretern und Freunden der Konsumgenossenschaftsbewegung mit dem Reichsfinanzministerium stattgefunden haben. Nach allen Unterhandlungen, Feststellungen usw. ist mit einer gerechten Regelung der Umsatzsteuer für die Genossenschaften erst dann zu rechnen, wenn sich im Reichstag eine Mehrheit für die gerechte Freistellung findet. Die bevorstehenden Reichstagswahlen geben also den Konsumvereinen und den Konsumgenossenschaftern Gelegenheit, den zu erwählenden Volksvertretern das Unrecht der Doppelbesteuerung begreiflich zu machen in der Absicht seiner endlichen Beseitigung.

Vermischte Nachrichten.

Das Landestheater in Neustrelitz niedergebrannt. Im Gebäude des Landestheaters in Neustrelitz brach ein Feuer aus, das in wenigen Stunden den ganzen Bau bis auf die Grundmauern einäscherte. Ueber die Ursache des Brandes konnte bisher nichts ermittelt werden.

Ins Irrenhaus gerettet. Vor Jahresfrist war es amerikanischen und englischen Detektiven unter Leitung eines Polizeiinspektors von Scotland Yard, Mac Carthy, gelungen, das Haupt einer weitverzweigten internationalen Scheckfälschergesellschaft in der Person des aus Lodz in Polen stammenden Handelsmannes Blinbaum alias Gingengold im Ostseebad Swinemünde zu verhaften. Die von Blinbaum geführte Gaunerbande stahl in Amerika sowie auf dem europäischen Kontinent und in den internationalen Badeorten und Luxuszügen Reisenden unter Mitwirkung ihres weiblichen Anhanges die Reisescheckbücher, sogenannte Travellersbecks, die sie dann unter raffinierter Umfälschung der Namen bei Banken unterbrachten und viele Tausende von Dollar auf diese Weise einheimsten. Blinbaum erhielt wegen seiner Gemeingefährlichkeit von der Moabiter Strafkammer eine Strafe von acht Jahren Zuchthaus. Nachdem das Urteil rechtskräftig geworden war, sollte er jetzt in die Strafanstalt übergeführt werden. Die Gefängnisärzte haben jedoch festgestellt, daß Blindbaum während der Haft in unheilbare Geisteskrankheit verfallen ist. Blinbaum ist auf Antrag von Rechtsanwalt Dr. Pindar statt dem Zuchthaus einem öffentlichen Irrenhause zugeführt worden. Wie aus Rio de Janeiro gemeldet wird, soll der in dieser Fälscheraffäre gleichfalls seit langem auch von der Berliner Staatsanwaltschaft gesuchte Kaufmann Felix Gantz, ein Landsmann Blinbaums, mit drei Komplizen verhaftet worden sein. Gantz war das Haupt einer anderen mit der Blinbaumschen Fälscherbande in enger Verbindung stehenden Gesellschaft, die, nachdem ihr die amerikanischen Detektive auf der Spur waren, das Feld ihrer Tätigkeit nach Südamerika verlegt hatte. Sie hat in Brasilien und Argentinien mit „großem Erfolg" gearbeitet und amerikanische Banken um große Summen geprellt.

Unentgeltlicher Stenographie- und Geigenunterricht wird in einer Reihe Wiener Volksschulen eingeführt. Uebrigens ist die Volksschule im ganzen ehemaligen Oesterreich von Bregenz bis Czernowitz und von Bodenbach bis Cattaro simultan. Konfessionelle Schulen sind Vereinsanstalten und sehr selten.

Das längste Kabel der Welt. Vor kurzem ist ein Unterseekabel in Betrieb genommen worden, das nicht nur das längste der Welt, sondern auch in der denkbar kürzesten Zeit gelegt worden ist. Es dient der Nachrichtenübermittlung zwischen Neuyork und Paris und hat eine Länge von etwa 6000 Kilometern. Seine Leistungsfähigkeit ist derart, daß nach beiden Richtungen hin in der Minute 600 Buchstaben telegraphiert werden können. Die Legungsarbeiten boten ganz außergewöhnliche Schwierigkeiten, wie man sie bisher noch nie angetroffen hatte. Das Kabel geht auf amerikanischer Seite von Far Rockway aus und endet an der französischen Küste in Le Havre. Beim Legen an der amerikanischen Konstation geriet der Legedampfer Faraday in einen so schweren Sturm, daß unter dem Druck der hochgetürmten Wellen das Kabel riß und das Ende in der Tiefe des Meeres verschwand. Das Kabelschiff selbst mußte in Halifax Unterkunft suchen. Erst nach zehn Tagen konnte man die Suche nach dem verlorenen Kabelstück aufnehmen. Nach unendlicher Mühe gelang es ihm auch, das Kabelende heraufzubringen. Das neue Kabel ist eines von den sechs, die gegenwärtig die Alte und die Neue Welt verbinden, und bei dieser Zahl dürfte es wohl nicht sein Bewenden haben; denn man ist angesichts des steigenden Verkehrs und unbeschadet der Konkurrenz der drahtlosen Telegraphie genötigt, das Ueberseekabelnetz noch weiter auszubauen.

Ein Brief an den lieben Gott. Ein armer Mann in Turgau in der Schweiz kam, nachdem er sich bereits an alle seine Verwandten um Geld gewendet hatte, auf den Einfall, einen Bettelbrief zu schreiben, den er „An den lieben Gott" adressierte. Die Post, die nun einmal keinen Anschluß an den Himmel hat, fand den Ausweg, den Brief der von Gott eingesetzten Regierung des Kantons zuzustellen. Fünf Kantonsräte gaben in Stellvertretung des lieben Gottes je 10 Franken und schickten die Summe dem frommen Bittsteller. Bald darauf erhielten sie einen neuen an den lieben Gott adressierten Brief des Mannes. Er schrieb dem lieben Gott, er möge ihm in Zukunft seine Gaben auf einem andern Wege schicken als durch die Post; denn die Regierung sei offenbar kleinlich genug gewesen, die Hälfte der Summe als Steuer abzuziehen — denn weniger als 100 Franken könne Gott wohl nicht besitzen haben!

Das Spanferkel des deutschvölkischen Redakteurs. Eine Leserschaft von seltener Anhänglichkeit besitzt das deutschvölkische Blatt in Landau an der Isar, das im Nachklang zum Hitlerputsch 21 Tage verboten war und jetzt nach seinem Wiedererscheinen treuherzig erzählt, wie es von seiner Leserschaft durchgefüttert wurde. Das Blatt berichtet von Beweisen besonderer Anhänglichkeit unter anderem folgendes: Zahlreiche Leser und politische Freunde haben es bei der Versicherung der Treue nicht bewenden lassen, sondern die Anhänglichkeit gleich durch die Tat bewiesen. Aus verschiedenen Gegenden sind Spenden zur Durchhaltung der Presse in dieser schweren Zeit eingegangen. Ein eifriger Leser in Wallersdorf sandte mit dem Motto: „Die Zeitung muß erhalten bleiben!" einen Sack schönes Weizenmehl. Ein eifriger Anhänger unserer Sache spendete, „damit da Hunga d' Redaktion net umbringt," ein schönes kräftiges Spanferkel. Ein Bundesfreund in Gäubsden erklärte sich bereit, die Sau in Kost und Wohnung zu nehmen. Ein Bundesfreund von Großöllnbach fuhr einen Wagen schönen Torf vor das Haus. Mehrere Bundesfreunde spendeten einige Säcke Kartoffeln, Kraut, Speck, Schinken usw. Eine kleine Bauersfrau spendete, „damit d' Not net gar z' groß wird," einen Gockel. — Unter diesen Verhältnissen durchzuhalten, mag der deutsch-völkischen Redaktion nicht schwer gefallen sein.

Neues Erdbeben in Japan. Aus Tokio wird gemeldet, daß in der Nacht zum 15. Januar ein neues Erdbeben in Japan zu verspüren war. Soweit bisher bekannt, sind keine Todesfälle zu beklagen. Die meisten Städte, u. a. Tokio, Yokohama, Kioto, Osaka und Kobe, wurden erschüttert, die Eisenbahnverbindung Tokio—Yokohama unterbrochen.

Theater und Musik.

Stadttheater.

Die Jüngsten.

Aus dem Theaterbureau wird uns geschrieben: Am Sonnabend, dem 26. Januar, beginnen im oberen Saal des Behnhauses die „Literarisch-musikalischen Abende" mit einem Ueberblick über das dichterische Schaffen des Ostpreußen Alfred Brust. Nach einem einleitenden Vortrage des Dramaturgen Dr. Fritz Enderes werden Mitglieder des Schauspiels das Drama „Der Tag des Zorns" und eine Erzählung, Mitglieder des Orchesters und der Oper unter Leitung von Hans Bernstein eine Kammermusik von Paul Hindemith aus opus 241 und Lieder von Schonberg vortragen. Auch an den folgenden Abenden soll jedes mal ein Dichter, womöglich durch eine charakteristische Auswahl aus seinen Werken zu lebendiger Anschauung gebracht und so die Zuhörer durch die Reihe der Abende in die dramatische Kunst der Gegenwart eingeführt werden. Vielleicht können diese Veranstaltungen dann zu einer Kammerspielbühne überleiten, die den jüngsten deutschen Dramatikern erst zum vollen Recht verhelfe.

Diese literarisch-musikalischen Abende möchten auf den Vortrupp hinweisen, der, heiß umstritten, die neuen Wege bahnen und, mit junger Leidenschaft verlagend und siegend, um die Probleme sich müht. Zustimmung und Ablehnung werden diese Jüngsten auch in Lübeck finden, aber diese und jene wird ihnen nützen, wenn aus beiden nicht blinde Bejahung oder Verneinung, sondern ernster Wille zum Verstehen spricht. Eines solchen Willens bedarf jede aufbauende geistige Arbeit.

Wie alle Neuerer dürfen auch die „Jüngsten" nicht sofort auf eine zahlreiche Anhängerschaft rechnen; auch sie können sich nur langsam durchsetzen. Aus diesem Grunde, nicht nur der stimmungsvollen Umrahmung wegen, sind die literarisch-musikalischen Abende in einen kleinen Raum verlegt. In ihm möge die Schar der Kunstfreunde sich sammeln, des freien Blickes und festen Urteils, die jungen und ungestümen Geister auf sich wirken lassen und so mit der Vergangenheit die Zukunft des deutschen Geistes verbinden kann. Zweifellos wird wie andere deutsche Städte auch Lübeck dieser großen kulturellen Aufgabe gerecht werden. Einzeichnungslisten liegen in der Kanzlei des Stadttheaters aus.

Neue Bücher.

(Alle hier besprochenen Bücher sind durch die Buchhandlung des „Lübecker Volksboten" zu beziehen.)

Das im Verlage von J. H. W. Dietz Nachfl., Berlin, wöchentlich erscheinende und mit Spannung erwartete Witzblatt **„Lachen links"** liegt jetzt vor. Der reichhaltige Inhalt, der mit aktuellen Schlagern in Karikatur und satirischer Literatur aufwartenden ersten Nummer wird bestritten durch Namen wie G. Baluscheck, Abeking, Arno Holz, Karl Holtz, Lindenhecken, Heinrich Zille u. a. m. Der famosen Rubrik „Coulourschmus" entnehmen wir folgende amusante Parteianekdoten:

„In den achtziger Jahren kam zuerst die telephonische Uebermittlung der Parlamentsberichte auf, funktionierte aber im Anfang noch sehr schlecht. So konnte es geschehen, daß der bekannte Fortschrittsführer Rickert, ein würdiger alter Herr, einmal im Reichstag den Ausspruch tat: „Ich bin ein Freund der Frauenbewegung", im Bericht der Presse aber nachher zu lesen stand: „Ich bin ein Freund der Frauen". (Bewegung.)

Viktor Adler, der verstorbene Führer der österreichischen Sozialdemokratie, geht mit seinem Sohne Friedrich zum Prozeß Kramar. Auf der Treppe bleibt Viktor Adler plötzlich stehen und sagt: „Schau, das ist wirklich eine für dies Gericht höchst notwendige Aufschrift." Friedrich sieht sich erstaunt um und liest auf einem Emailletäfelchen: „Es wird ersucht, nicht auszuspucken."

Der Preis der Einzelnummer beträgt 25 Pfg. Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen, Kolporteure und Postanstalten entgegen.

Die Verordnung über die Arbeitszeit. Mit Erläuterungen. Im Auftrage des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes herausgegeben von Th. Leipart. 32 Seiten Oktav. Berlin, Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. — Im Auftrage des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat dessen Bundesvorsitzender die 32seitige Schrift herausgebracht. Sie enthält den genauen Wortlaut der Verordnung vom 31. Dezember 1923 und daneben ausführliche Erläuterungen zu jedem einzelnen Paragraphen. Die Schrift ist insbesondere für die Funktionäre der Gewerkschaften und für die Betriebsräte bestimmt, denen sie wertvolle Aufklärung gibt für die Abwehr des Generalangriffs der Unternehmer gegen den Achtstundentag. Nach diesen Erläuterungen wird es erst richtig klar, wie falsch die Auslegung von Unternehmerseite ist, daß die neue Verordnung sie zur unbegrenzten Ausdehnung der Arbeitszeit berechtige. Die Aufklärung über den wirklichen Inhalt der Verordnung muß überall unter den Arbeitern und Angestellten verbreitet werden, sie wird ihnen den Kampf für die Aufrechterhaltung des Achtstundentages wesentlich erleichtern. Im Vorwort der Schrift erklärt Leipart, daß die Gewerkschaften nicht aufhören werden, die Bestimmungen der Verordnung, die gegen ihren Widerspruch zum Gesetz erhoben worden sind, zu bekämpfen und ihre Abänderung oder ihre Beseitigung zu fordern. Er fordert zugleich alle Mitglieder der Gewerkschaften nebst der gesamten übrigen Arbeitnehmerschaft auf, ihre Vertreter jederzeit kräftig und entschlossen in der Erfüllung dieses Willens zu unterstützen.

Marktberichte.

Getreide. Hamburg, 15. Januar. (Bericht des Vereins der Getreidehändler der Hamburger Börse.) Die erhöhten Forderungen für Auslandsgetreide konnten sich nicht voll behaupten, da die zweite Hand unter Importpreisen im Markte war. Das Inland blieb stetig. (Preise in Rentenmark per 1000 Kilo): Weizen 160—166, Roggen 146—150, Hafer 122—128, Wintergerste 154—158, Sommergerste 165—170 ab inländ. Station einschließl. Vorpommern, ausland. Gerste loko 168—170, Mais loko 168—176 frei Kahnwaggon. Oelkuchen etwas fester.

Kleinhandelsnotierungen des Hamburger Futtergetreidehandels. Hamburg, 15. Januar. Hafer 9,00, Mischfutter 8,00, Hacksel 3,75, Wiesenheu gebündelt 5 Mk., Preßstroh 3,75 (alles per Zentner in Rentenmark).

Kälber. Hamburg, 15. Januar. Es wurde gezahlt für 1 Pfd. Lebendgewicht: Feinste Mastkälber 0,75 bis 0,85 G.-M., mittlere Mastkälber 0,60—0,70 G.-M., geringere Kälber 0,40—0,55 G.-M., nüchterne Kälber 0,30—0,40 G.-M., Zufuhr: 1488 Kälber.

Schweine. Hamburg, 15. Januar. Es wurde gezahlt für 1 Pfd. Lebendgewicht: Beste Fettschweine über 250 Pfund 0,60 bis 0,62 G.-M., mittelschwere Ware über 220 Pfund 0,58—0,60 G.-M., gute leichte Ware von 180—220 Pfd. 0,55—0,58 G.-M., geringere Ware 0,48—0,53 G.-M., beste Sauen 0,52—0,58 G.-M. Zufuhr: 4851 Schweine. Der Handel war mit Schweinen langsam, mit Kälbern ruhig.

10466
Spanetti
die beste Milch-Schokolade

Der Bezirksparteitag Mecklenburg-Lübeck.

Aufstellung der Reichs- und Landtags-Kandidaten.

b. Schwerin, 14. Januar.

Am Sonnabend und Sonntag tagte hier unter zahlreicher Beteiligung der Parteitag des Bezirks Mecklenburg—Lübeck im Nordischen Hof. Die Schweriner Parteigenossen brachten dem Parteitag großes Interesse entgegen und folgten aufmerksam den Verhandlungen, die sich am ersten Abend bis nachts 2 Uhr ausdehnten. Die Auseinandersetzungen am Sonnabend galten der Reichspolitik, über die Genosse Dr. Herz-Berlin ein bemerkenswertes Referat hielt. Als Korreferent sprach Genosse Dr. Leber-Lübeck. Die Referate sowohl wie die Debatte waren von lebhaftem Temperament durchzogen und trugen zur Klärung der politischen Lage, wie zur Haltung unserer Partei wesentlich bei. Der zweite Tag galt im besonderen der Politik in Mecklenburg, bei deren Besprechung es ebenfalls recht lebhaft herging. Aus allem klang aber der Wille heraus, das Beste für die Partei zu tun und mit frischem Mut an die Vorarbeit zur Reichstagswahl und die Wahl zum mecklenburgischen Landtag wie zur Lübecker Bürgerschaftswahl heranzugehen.

Der Arbeitergesangverein „Sangeslust" leitete mit Uthmanns „Empor zum Licht" den Parteitag ein, den Genosse Wilhelm Kröger eröffnete und Genosse Moltmann im Namen der Schweriner Genossen begrüßte. — In den Vorstand wurden die Genossen Kröger-Rostock, Moltmann-Schwerin, Sauer-Grevesmühlen und die Genossin Geist-Schwerin gewählt.

Den Bericht der Mandatsprüfungskommission erstattete Genosse H. Wolfradt-Lübeck. Vertreten sind 82 Ortsgruppen mit 114 Delegierten, darunter 8 Frauen. 10 Ortsgruppen hatten das Delegationsrecht überschritten, deshalb mußten 12 Mandate für ungültig erklärt werden.

Die Wahl des Bezirksvorstandes und der Reichstagskandidaten.

Auf Vorschlag der Mandatsprüfungskommission wurde der bisherige Bezirksvorstand, bestehend aus den Genossen W. Kröger-Rostock, K. Brehmer-Rostock, W. Engelbrecht-Rostock, Frau Wilken-Rostock, K. Moltmann-Schwerin, P. Löwigt-Lübeck, A. Weiß-Lübeck, B. Gierke-Parchim, J. Krüger-Hagenow, M. Prüß-Güstrow und K. Bartosch-Neustrelitz wiedergewählt.

Der Parteitag wählte zu Kandidaten für die Reichstagswahl die Genossen:

Wilhelm Kröger-Rostock, Dr. Leber-Lübeck, J. Stelling-Schwerin, K. Moltmann-Schwerin, A. Dreger-Lübeck, und Paul Schroeder-Rostock.

Dr. Herz über die Reichspolitik.

Genosse Herz betonte eingangs seiner Ausführungen, daß heute bei den Wahlen nicht nur über das Schicksal des Parlaments, sondern über dasjenige des Volkes entschieden werde. In dessen Hand liege die Entscheidung über sein eigenes Geschick der nächsten 4 Jahre. Der neue Wahlkampf werde hart werden, denn das Bürgertum habe die Bedeutung der Wahlen erkannt. In Anbetracht der kritischen Lage und der haßerfüllten Gegner müsse kleinlicher Meinungshader beiseitegeschoben werden. In Deutschland heute Politik zu machen, sei schwer, weil wir von außenpolitischen Machtfragen abhängig sind. Dann sei nicht zu vergessen, daß mit dem alten Kaiserreich nicht die Anhänger der alten Macht verschwunden sind, die nur auf den Augenblick warten, um wieder die verflossene Herrlichkeit aufzurichten. Um die Erhaltung der Republik als die beste Staatsform für die Arbeiterklasse waren wir gezwungen, manchmal Konzessionen zu machen, zu denen wir uns sonst nicht verstanden hätten. Die Wahlen von 1920 ergaben nun einmal eine eigenartige Konstellation, während nach den Wahlen von 1919 die Sozialdemokratie die Vorherrschaft hatte. Diese wurde abgelöst durch die Vorherrschaft der Bourgeoisie. Die Regierungsbildung ist nicht eine Frage des sozialistischen Prinzips, sondern eine der vielen taktischen Fragen, über die man geteilter Meinung sein kann. Nicht einmal die Unabhängige Sozialdemokratie hatte sich prinzipiell gegen jede Koalition ausgesprochen. Es wäre ein Rückfall längst überwundener Anschauungen, wenn heute die Auffassung wieder die Oberhand gewänne, Koalitionen im Prinzip und prinzipiell abzulehnen. Die Sozialdemokratie ist wiederholt in die Regierung eingetreten, als der Wagen in den Abgrund rollen wollte. So beim Londoner Abkommen und bei der Liquidierung des Ruhrabenteuers. Es ist begreiflich, daß diese Taten nicht überall gewürdigt würden. Aber die Kritiker müssen sich sagen, wie es anders hätte gemacht werden können. Wir mußten auch Rücksicht auf die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse der Einzelländer nehmen, eine Tatsache, die die Parlamentarier anderer Länder nicht zu berücksichtigen haben. Man nehme z. B. nur Preußen als bestimmenden Machtfaktor in Deutschland. Die Reaktion beherrscht Bayern vollkommen, beherrscht sie auch Preußen, dann gibt es keine unabhängige Reichsregierung mehr und wir kommen zu den alten Zuständen. Es ist nicht zu vergessen, daß sich 1918 nur die Rebellion gegen das Alte ausgewirkt hat, aber kein einheitlicher Wille für das Neue. 1918 stand das wildgewordene Spießertum neben dem Sozialdemokraten, weil es den Soldatenrock nicht mehr tragen wollte. Nachher aber dachte der Spießer nicht mehr daran, mit dem Proletarier für politische Rechte und ökonomische Freiheiten zu kämpfen. Die kleinbäuerliche Bevölkerung war ebenfalls nicht auf unserer Seite. Der Nationalismus kam hoch durch die Unterdrückungspolitik der Sieger. Auch Rußland kann sich nur unangefochten erhalten, weil es seine nationale Unabhängigkeit erhalten konnte. Wenn wir heute nicht mehr den notwendigen Einfluß besitzen, dann liegt es auch daran, weil wir es nicht verstanden haben, uns eine republikanische Wehrmacht zu schaffen, weiter an der wirtschaftlichen Verelendung. In Zeiten solcher Rückschläge sucht man die Schuld nicht in den tatsächlichen Ursachen, sondern in Personen. Der Referent geht des näheren auf das Ermächtigungsgesetz ein. Der Parteivorstand war gegen das Gesetz, aber die aus dem Reiche herbeigeeilten Vertreter traten zum Erstaunen des Parteivorstandes dafür ein. Entscheidend war, ob mit Hilfe des Ermächtigungsgesetzes oder mit dem Art. 48 der Reichsverfassung regiert werden solle. Dieser hätte eine weitere Ausdehnung erhalten, die auf eine Diktatur hinausgelaufen wäre, und da war man der Meinung, es sei besser, dem Ermächtigungsgesetz zuzustimmen, um wenigstens die Regierung etwas zu kontrollieren. Die Gründe waren sachlicher Art, denn wir haben heute nur unter verschiedenen Uebeln zu wählen. Die Zeit lasse ein abschließendes Urteil über die Haltung der Partei noch nicht zu. Ob die Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz richtig war oder nicht, wird von der Hebung der wirtschaftlichen Lage abhängen. Es wird gesagt, das Ermächtigungsgesetz sei ein Erdrosselungsgesetz gegen die Arbeiter. Vieles sei natürlich auf die Bourgeoisie zugeschnitten und richte sich gegen die Arbeiterklasse. Hier zeige sich nun, wie gefährlich eine rein bürgerliche Regierung sei, in der die Sozialdemokratie keine Kontrolle habe. Wenn das Ermächtigungsgesetz allein ermöglicht hätte, die Währungsverhältnisse zu stabilisieren, so hätte es doch etwas Gutes für die Arbeiterschaft geschaffen. Unter ihm habe sich auch die Kraft unserer Organisationen gehoben und manche Verschlechterung habe man abwehren können. Der 15er Ausschuß habe Klarheit darüber geschaffen, daß alle Handlungen der Regierung gedeckt würden von den bürgerlichen Parteien. Alle Versuche der Sozialdemokratie, Verschlechterungen abzuwehren oder Verbesserungen durchzuführen, sind gescheitert an dem Widerstand der bürgerlichen Parteien. Die Ergebnisse wären die gleichen gewesen, wenn dieser Ausschuß nicht bestanden und die Regierung den Weg über den Reichstag hätte nehmen müssen. Die Arbeiterschaft wurde weniger geknebelt durch das Ermächtigungsgesetz als durch die wirtschaftliche Krise. Der Einwand, daß die Sozialdemokratie für alles verantwortlich sei, was das Ermächtigungsgesetz hervorbringe, sei unberechtigt. Z. B. habe die zweite Notsteuerveranlagung und die Regelung der Lohnsteuer eine bessere Lösung gefunden als wenn diese Gesetze den Reichstag hätten passieren müssen. Die Gefahr für den Achtstundentag kam in Deutschland wie in der ganzen Welt mit dem Eintritt der Wirtschaftskrise. Gleichzeitig kam der Ablauf der Demobilmachungsverordnung und der Strafbestimmungen. Hätten sich die Gewerkschaften rechtzeitig für eine Konzession erwärmt, dann wäre eine Regelung immer besser gewesen als der jetzige Zustand. Alle Versuche von uns, die Demobilmachungsverordnung wieder in Kraft zu setzen, wurden von den bürgerlichen Parteien mit Einschluß der demokratischen und der Zentrumsarbeiterführer abgelehnt. Jede Verordnung, die den Arbeitern einen gewissen Schutz bieten, findet Unwillen bei dem Unternehmertum. Deshalb geht es auch so scharf gegen das Arbeitszeitgesetz vor und bezeichnet es als einen Schritt nach rückwärts. Die Gewerkschaften seien, nach der Arbeitgeberzeitung, zum ausschließlichen Träger der Vereinbarung gemacht. Das Arbeitszeitgesetz habe trotz seiner Mängel den Berliner Metallarbeitern den Achtstundentag erhalten, habe den Buchdruckern das Prinzip des Achtstundentages für das ganze Reich gesichert und in anderen Gewerben die Widerstandskraft der Arbeiter gegen die Verschlechterung der Arbeitszeit anwachsen lassen. Die Verschlechterungen wären auch für die Arbeiter ohne das Ermächtigungsgesetz gekommen. Es ist selbstverständlich richtig, daß die bürgerlichen Parteien eine stärkere politische Verantwortung zu tragen haben, wenn die Gesetze durch den Reichstag gehen als nur durch den Ausschuß. Zum Schluß ging der Redner scharf gegen den Belagerungszustand und dessen gefährliche Auswirkungen vor, skizzierte kurz die außenpolitische Lage, die sich zu bessern beginne und wahrscheinlich Deutschland seine Unabhängigkeit wieder bringe. Genosse Herz erläuterte weiter die Haltung der englischen Arbeiterpartei, die sich auf ein praktisches Regierungsprogramm festlege, das Erreichbare in den Vordergrund schiebe, das andere aber zurücksetze, bis sie die Mehrheit im Parlament habe. Auch wir müßten unterscheiden zwischen Forderungen für die Zukunft und Zielen, die wir unmittelbar erreichen können. Die Hauptsache sei, unser Ziel darauf zu lenken, wie wir die Interessen der Arbeiterklasse in der Zukunft am besten fördern. Die Geschlossenheit der Arbeiterschaft sei Vorbedingung für unsern Erfolg. (Lebh. Beifall.)

*

Der Korreferent Dr. Leber.

Nach dem Referat des Gen. Herz wird ein Antrag eingebracht, einen Redner mit längerer Redezeit zu Wort kommen zu lassen, der der Politik der Reichstagsfraktion kritisch gegenübersteht. Diesem Antrag wird zugestimmt. Und Gen. Dr. Leber-Lübeck erhält das Wort. Er ist mit dem Referenten darin einig, daß es nutzlos sei, sich nachträglich die Köpfe darüber zuzuschlagen, ob dies oder jenes in der Haltung der Reichstagsfraktion, besonders die Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz, richtig oder falsch gewesen sei. Aber es sei doch nötig auszusprechen, wo nach Ansicht weiter Parteikreise die Reichstagsfraktion Mißgriffe getan habe. Ausgehend von den Worten des großen Arbeiterfeindes Bismarck „jede Politik ist besser als die des Schwankens" verfolgte er die in verschiedenen Punkten schwerwiegende Inkonsequenz in der Haltung der Fraktion. Der erste Fehler war, daß wir nach dem Austritt aus der Regierung Wirth den

Mut zur konsequenten Opposition

nicht finden konnten. Es sei soviel von England gesprochen worden; dort könne man lernen, daß es zwischen Regierung und Opposition ein Zwischending nicht gebe. Andere Regierungen lassen uns dafür einen Teil der Verantwortung tragen, das sei eine Halbheit, in der der Parlamentarismus mehr und mehr verwirre. Ein anderer schwerer Fehler, auch vom Standpunkt des Parlamentarismus aus, sei die Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz gewesen. Sei das erste Ermächtigungsgesetz noch erträglich gewesen, so gebe es doch für das zweite kaum eine Entschuldigung. Wenn der Reichstag nicht mehr die Zusammensetzung hatte, die ein ersprießliches Arbeiten ermöglichte, so mußte man eben Wahlen ertragen. Die fortwährende Drohung mit dem bereitgestandenen Artikel 48 der Reichsverfassung ist nur ein Scheingrund, denn schlimmer als unter dem Ermächtigungsgesetz hätte es auch unter der Fuchtel des Art. 48 nicht werden können. Und gerade unsere Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz werde uns in den kommenden Wahlkämpfen schwer zu schaffen machen.

Die Auffassung, daß das Fallen des französischen Franken Frankreich nachgiebiger stimmen könnte, teilt der Redner nicht, er glaubt das Gegenteil. Von England aber könnten wir die Form des Parlamentarismus lernen. Dort habe der die Regierung zu übernehmen, der die Regierung stürzt. Die Hauptsache für die Zukunft ist, zu arbeiten, den Zusammenhang zwischen Fraktion und Wählerschaft herzustellen. Nicht angehen kann, daß sich außerhalb Oppositionen gegen die Reichstagsfraktion bilden. Eine Spaltung würde nicht einem Arbeiter nützen, nützen würde das nur dem Kapital. Die Einheit wird uns den Kampf bestehen lassen zum Besten der Arbeiterschaft. (Bravo.)

*

Die Aussprache.

Dr. Vogt-Neustrelitz erklärt: Man mußte entweder dem zweiten Ermächtigungsgesetz zustimmen oder die Auflösung des Reichstages riskieren. Dann mußte man aber auch den Mut haben, der Arbeiterschaft zu sagen, daß diese zu einer Niederlage führe. Dr. Herz hatte ganz recht, wenn er sagte, daß das Regieren mit dem § 48 der Reichsverfassung die Gefahr einer dauernden Diktatur in sich schloß. Unsere Schuld liegt im Gegensatz zu England darin, daß wir die Regierung wohl stürzten, aber nachher die Regierung nicht übernahmen. Unsere Fraktion habe darin recht getan, daß sie den Staat als Machterscheinung der Republik gestützt habe.

Genosse Dreger-Lübeck hätte eine bessere innere Umstellung der Arbeiter in den letzten Jahren gewünscht, damit sie erkennen konnten, daß wir nicht mehr die staatsverneinende, sondern die republikbejahende Partei waren. Wir müßten deshalb, da wir mit der Republik auf Gedeih und Verderben verbunden sind, eine andere Politik führen. Heute kommt es darauf an, wer die Kosten des Krieges und die Eingliederung der deutschen Wirtschaft in die Weltwirtschaft tragen soll. Koalition und Ermächtigungsgesetz sind nur Zweckmäßigkeitsfragen, das Schicksal der deutschen Arbeiterschaft wird entschieden durch die deutsche Volkswirtschaft und die Weltwirtschaft. Sozialpolitische Rechte wurden uns genommen auch auf Grund des Indifferentismus eigener Partei- und Gewerkschaftskreise. Die Arbeiterschaft hat zum Teil die sittliche Bedeutung des 8-Stunden-Tages nicht erfaßt. Wenn wir mehr Bildungsarbeit leisten, dann werden wir auch den Wahlkampf bestehen. Ist erst der Wert der proletarischen Zusammengehörigkeit erkannt, dann werden wir die Maschinen so drehen und laufen lassen können, wie es dem Interesse der Arbeiterschaft entspricht.

Genosse Fuchs-Schwerin ist der Auffassung, daß das Kabinett Cuno recht scharf hätte bekämpft werden müssen. Eine grundsätzliche Opposition hätte die Schäden zum großen Teil verhütet, und auch die Macht der Reaktion nicht so anwachsen lassen. Mit dem Kapitalismus könne in Zukunft keine Koalition mehr eingegangen werden.

Genosse Friedrichs-Neustrelitz begründet die Anträge 26 und 27, die zur Uebernahme eines Parteiamtes eine 5jährige Parteizugehörigkeit fordern.

Genosse Haut-Lübeck betont, den bürgerlichen Parteien sei es angesichts der Notlage unserer Partei möglich, das Ermächtigungsgesetz uns allein zur Last zu legen. Die Bürgerlichen sagen, dadurch hätte die Sozialdemokratie den Parlamentarismus selbst als abgetan erachtet. Eine konsequente Politik hätte diesen Reichstag beseitigt. Die Sozialdemokratie werde für alles verantwortlich gemacht. Auch durch Konzessionen hätte sich die wirtschaftliche Lage der Arbeiter nicht gebessert. Wir dürften vor allem nicht alles als bare Münze hinnehmen, was uns die Bürgerlichen als Wirtschaftspolitik vorschwatzen. Ein absolutes Nein gegen Koalitionspolitik gebe es nicht, aber wir müßten vor dem Eingehen einer Koalition dem Gegner unsere Forderungen energisch unterbreiten. Hätten wir selbst durch Gesetze der Aufhebung des Acht-Stunden-Tages vorgebeugt, man würde auch diese Gesetze beseitigt haben. Auch die Aenderung der Justizgesetze auf Grund des Ermächtigungsgesetzes werde uns noch schwer angerechnet werden.

Schmidt-Herrenburg glaubt, der Koalitionsrummel habe unsere Machtstellung „verexperimentiert". Dadurch sei Uneinigkeit in die Massen getrieben worden. Die Zustimmung zu dem Ausnahmezustand sei ein Hohn auf den Parlamentarismus gewesen. Die Führer dürften den Kontakt mit der Masse nicht verlieren, sie hätten sich deren Willen zu fügen.

Genosse Stelling-Schwerin widerspricht der Auffassung, daß die Führer gegen die Interessen der Parteigenossen handeln. Jeder führende Genosse glaube zumindest, mit seiner Auffassung der Partei und dem Wohle des Volkes zu dienen. Die Fraktion sei verpflichtet, den Verhältnissen Rechnung zu tragen. Im übrigen sei die sozialdemokratische Reichstagsfraktion mit allen Mitteln gegen den Ausnahmezustand Sturm gelaufen. Die Gründe der Gegner des Ermächtigungsgesetzes seien wohl anzuerkennen, aber heute sei kein abschließendes Urteil zu fällen. Dem Genossen Leber müsse er erwidern, daß nicht gekuhhandelt wurde, um zu Kuhhandeln, sondern weil es die Verhältnisse bedingten und nichts anderes übrig blieb, um für uns herauszuholen, was möglich war. So leicht nehmen die Parteigenossen im Reichstag ihr verantwortungsvolles Amt nicht.

Genosse Dr. Herz erklärte im Schlußwort, daß die Fraktion den Versuch gemacht habe, die Bestimmung in dem Erwerbslosenfürsorgegesetz, die Arbeitspflicht betreffend, herauszubekommen. Die Forderung sei an dem einmütigen Widerstand der bürgerlichen Parteien gescheitert. Eine Abänderung sei erfolgt um einen Mißbrauch der Arbeitspflicht zu unterbinden. Der Vorwurf eines Genossen, daß einzelne Führer persönliche Politik treiben, sei völlig ungerechtfertigt. Jeder Genosse handle nach streng sachlichen Gesichtspunkten, sonst würde es ja leichter für ihn sein, jetzt der radikalen Gedankenrichtung im Lande zu folgen. Es sei leichter, eine glänzende Kritik zu üben, als den Weg zu positivem Handeln zu weisen. Genosse Dr. Herz begründete weiter eingehend die Koalitionspolitik und polemisierte dabei gleichzeitig gegen einzelne Diskussionsredner. Er habe nicht behauptet, daß die Stabilität der Währung eine Folge des Ermächtigungsgesetzes sei, sondern das Ergebnis der Vorbereitungen während der Zeit, als Genosse Hilferding Finanzminister war. Unser Finanzelend resultiere aus der hoffnungslosen Steuerscheu des Bürgertums. Wenn aber das Ermächtigungsgesetz die Beschleunigung einer Ordnung der Finanzen bringe und Erfolg habe, dann seien diejenigen gerechtfertigt, die dem Ermächtigungsgesetz zugestimmt haben.

*

Abstimmung über die Anträge zur Reichstagswahl.

Angenommen wurden:

Antrag 8, Wismar: „Doppelmandate zum Reichs- und Landtag sind unzulässig."

Antrag 17, Lübeck: „Der Parteiausschuß wird gebeten, den Genossen Stelling zur Reichstagswahl auf die Reichsliste zu setzen."

Antrag 22, Neukloster: „Der Parteitag möge beschließen, daß der Abbau der Schulen und Lehrer auf dem Lande und in den Volksschulen auf das äußerste Maß eingeschränkt wird, damit nicht eine Verschlechterung in der Erziehung und Bildung unserer Jugend eintritt. Die Landtagsfraktion muß dementsprechend handeln."

Antrag 25b, Boizenburg: „Gegen Zersplitterungsversuche innerhalb der Partei soll mit allen zu Gebote stehenden Mitteln gegenangearbeitet werden."

Eine Resolution der Rostocker Delegierten, die von einer Reihe Vertreter anderer Ortsvereine mitunterschrieben war:

„Der am 11. und 12. Januar in Schwerin (Mecl.) tagende mecklenburgische sozialdemokratische Bezirksparteitag verurteilt die diktatorische Verordnung der Reichsregierung betr. Einführung der 54stündigen Arbeitswoche für Beamte und Angestellte. Der Parteitag erwartet von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, daß sie alles daransetzt, diese Verordnung rückgängig zu machen. Der Parteitag fordert weiter, daß die Beamten-Abbau-Verordnung nicht nur auf Kosten der sozialdemokratischen Angestellten und Beamten vollzogen wird. In werbenden Betrieben der Staaten und des Reiches darf der Abbau nicht so schematisch vor sich gehen, daß die Arbeiten nicht mehr im eigenen Betriebe hergestellt werden können, um so einen Vorwand zu haben, dem Privatkapital die Aufträge der Staaten und des Reiches übermitteln zu können." — Dadurch wurde der Antrag 10 von Rostock erledigt.

Angenommen wurde auch folgender Antrag Schwerin: „Der Bezirksparteitag erblickt in den auf Grund des Ermächtigungsgesetzes von der Reichsregierung erlassenen Verordnungen über die gemeinnützige Arbeit der Erwerbslosen sowie der über die Neuregelung der sogenannten Notstandsarbeiten eine untragbare Belastung der arbeitenden Bevölkerung und eine offene Unterstützung der wirtschaftlichen Reaktion. Er ersucht den Parteivorstand, die Reichstagsfraktion und die Landtagsfraktionen der Länder gegen diese Verordnungen mit allen Mitteln vorzugehen, um dieselben wieder zu beseitigen. Sollte beim Zusammentritt des Reichsparteitages dieser Kampf noch nicht den gewünschten Erfolg gezeitigt haben, so reicht der Bezirksvorstand diesen Antrag beim Reichsparteitag wiederum ein."

Abgelehnt wurden:

Antrag 3, Schwerin, und 23, Rehna, künftig jede Koalition mit „bürgerlichen" Parteien abzulehnen; Antrag 14, Ludwigslust, der wegen bisheriger Koalitionspolitik das Verhalten der Fraktion mißbilligt (mit 69 gegen 48 abgelehnt). Antrag 25, Boizenburg, gegen Koalitionspolitik der Fraktion

nen. Zurückgezogen wurden die Anträge 26/27 Strelitz-Alt wegen der für Bekleidung öffentlicher Aemter erforderlichen Zeit der Parteizugehörigkeit.

*

Die mecklenburgische Politik.

Am zweiten Verhandlungstage referierte Genosse Moltmann-Schwerin über die **Tätigkeit der Landtagsfraktion** und ging dann auf die Koalitionen mit „bürgerlichen" Parteien ein. Selbstverständlich wünsche jeder in der Fraktion, daß diese stark genug sei, die Mehrheit zu verkörpern. Solange die Wähler sich aber noch nicht in ausreichender Zahl hinter uns gestellt hätten, werde die Fraktion nicht den einzelnen zahlenmäßig schwächeren Gegnern sich ausliefern können, diesen die Waffe in die Hand drücken, über uns zu herrschen. Redner entwarf ein anschauliches Bild von der Deutschen Volkspartei, dem Dorfbund, dem Wirtschaftsbund, den Demokraten und schilderte die Schwierigkeiten, mit den einen und den andern eine gesunde Politik zu betreiben. Der Referent ging weiter auf die mit dem Beamtenabbaugesetz verbundenen schwerwiegenden Umstände sehr ausführlich ein und betonte, es sei notwendig, den Verwaltungsapparat anders aufzuziehen, auch von den oberen Beamten acht Stunden Arbeit zu verlangen. Er stellte fest, aus dem Beamten-Abbau sei in der Praxis erst ein Angestellten- und Arbeiter-Abbau gemacht. Die Gehälter müßten oben abgebaut, unten aufgebessert werden. Schulen auf dem Lande dürften überhaupt nicht abgebaut, sondern müßten ausgebaut werden.

Landtagspräsident Paul Schroeder-Rostock vertritt den Standpunkt der Minderheit der Fraktion. Mit der Deutsch. Vpt. die uns jetzt offen den Fehdehandschuh hinwarf, könne unsere Fraktion nicht gemeinsam wirken. (Ein anderes sei es mit den Demokraten.) Lieber solle man die Deutsche Volkspartei allein regieren lassen. Unsere Erfolge in der Koalitionszeit hätte die Partei auch ohne Koalition erzielt. — Haller-Schwerin spricht sich gegen jede Koalition aus. — Moritz-Wismar spricht gegen Verminderung der Zahl der Landtagsabgeordneten. Wismar sei noch nie grundsätzlicher Koalitionsgegner gewesen, sei aber gegen ein Bündnis mit der Deutsch. Vpt. Bessere Schulbildung müsse für die Arbeiterkinder unter allen Umständen erkämpft werden. Gegen den Arbeiterabbau müsse noch viel energischer gearbeitet werden, von den Gemeinden bis zu dem Reichstag. Der Städtetag müsse auch mobil gemacht werden. Es sei soweit gekommen, daß man Arbeiter unter 20 und über 40 Jahren in den Betrieben überhaupt nicht mehr finde. Für dies Elend seien die Deutsche Volkspartei-Leute mitschuldig und man könne also mit ihnen keine Gemeinschaft pflegen. — Stelling-Schwerin: Der Wahlkampf werde ungemein schwer werden. Man dürfe sich wegen der Koalition nicht auf Gefühl verlassen, nicht allein fragen: „Was ist erreicht?", sondern müsse auch fragen: „Was ist durch unsere Genossen in der Regierung verhindert worden?" In der Koalitionsfrage müsse die Fraktion freie Hand behalten, um die Republik zu halten. Die Landdrosteien sollen nach bereits fertigem Plan abgebaut werden. — Finanzminister Gen. Hennecke schildert eingehend, wie die Arbeit in seinem Ressort gewirkt habe. Großgrundbesitz und Großhandel seien herangezogen, um die Minderbemittelten zu schonen. Wenn man einmal die ungeheuren Gelder berechne, die der Landbund aufwende: Ankauf des Rostanz, Einrichtung von Steuer-Beratungsstellen in allen größeren Orten des Landes usw., so werde man die Ueberzeugung gewinnen, daß es doch nicht zwecklos sei, die Hand im Finanzministerium zu haben. Dann werde die Wut der Agrarier dagegen verständlich. Wenn die Domänenpachten bisher noch nicht heraufgesetzt werden konnten, so sei das Schuld des Landwirtschaftsministers. Anträge auf Steuererlaß kämen bezeichnenderweise vom Groß-Grundbesitz, von der Groß-Industrie. Es sei Anweisung gegeben, sie mit allem Mißtrauen zu prüfen. Die Landwirtschaft müsse auf dem Steuerwege gezwungen werden, die von ihr zurückgehaltenen Ernte-Erträge zu verkaufen, damit die Preise sich senken. In Oppositions-Stellung hätten wir auch nicht mehr erreichen können. — Nespital-Rostock: Ein Beweis dafür, wie brennend wichtig die Frage der Koalition mit der Deutschen Volkspartei in Mecklenburg ist, liegt in der Tatsache, daß diese Frage auf allen unseren Parteitagen nicht zur Ruhe kommt. Sicherlich hat Genosse Hennecke Recht, wenn er nachweist, daß die Koalition ihre Vorzüge hat; die Frage ist aber die, ob die Vorzüge oder die Nachteile größer sind. Ein Gradmesser dafür ist doch die Erfahrung, und da Genosse Moltmann ausgeführt hat, wir hätten wüste Erfahrungen mit der Koalition gemacht, so ersuche ich ihn, in seinem Schlußwort rein und klar zu erklären, was nach seiner Meinung größer bei der Koalitionspolitik gewesen ist: der Vorteil oder der Nachteil. Die jetzige Fraktion der Deutschen Volkspartei ist in Mecklenburg reaktionärer als anderswo. In Preußen gibt es keinen Parteigenossen, der gegen die augenblickliche Koalitionsregierung wäre — ein Beweis dafür, daß es eine Frage der Taktik nicht des Prinzips, und von Fall zu Fall zu entscheiden ist.

Moltmann-Schwerin: Die Frage, ob durch die bisherige Koalitionspolitik in Mecklenburg der Nutzen oder Schaden überwiege, ist dahin zu beantworten, daß der Nutzen überwiege. Er ersuche zugleich dringend darum die Landtagsfraktion nicht festzulegen. Solange man die Republik damit festigen könne, müsse man für Koalitionen sein.

Aufstellung der Landtagskandidaten.

1. Karl Moltmann, Parteisekretär, Schwerin. 2. Hans Fuchs, Konditor, Schwerin. 3. Paul Schröder, Stadtrat, Rostock. 4. F. Wehmer, Ortsschulze, Plate. 5. W. Godknecht, Zigarrenfabr., Wismar. 6. Albert Schulz, Kassenangestellter, Rostock. 7. J. Stelling, Staatsminister, Schwerin. 8. H. Hennecke, Staatsminister, Schwerin. 9. W. Lamberg, Stadtrat, Güstrow. 10. Dr. Wohlers, Amtshauptmann, Boizenburg. 11. Carl Thimm, Handarbeiter, Hof Grambow. 12. B. Gierke, Zigarrenfabrikant, Parchim. 13. J. Asch, Staatsminister a. D., Schwerin. 14. K. Schneeberg, Lehrer, Schwerin. 15. Karl Brehmer, Parteisekretär, Rostock. 16. H. Klasen, Eisenbahnarbeiter, Malchin. 17. M. Ketelhohn, Hausfrau, Rostock. 18. L. Hopp, Justizaktuar, Ludwigslust. 19. Heinrich Kruse, Angestellter, Schwerin. 20. G. Hamel, Gastwirt, Krakow. 21. Fritz Meyer, Fischereipächter, Dobbertin. 22. J. Krüger, Geschäftsführer, Hagenow. 23. Franz Schmidt, Vors. der Kreiskornstelle, Wismar. 24. Albert Schmidt, Gewerkschaftsangestellter, Rostock. 25. A. Krüger, Maurer, Grabow. 26. Götz Döhler, Lehrer a. D. und Schriftsteller, Bastorf. 27. Carl Buhr, Kreisleiter, Neu-Zachun. 28. Rudolf Hahn, Arbeiter, Lübz. 29. H. Kasdorf, Stellmachermeister, Sukow. 30. Karl Kluth, Schulze, Goldenstädt. 31. H. Goldenbohm, Schulze, Garwitz. 32. Hermann Kanter, Schuhmacher, Gadebusch. 33. M. Cordes, Hausfrau, Wismar. 34. Hermann Krüger, Angestellter, Güstrow. 35. Hans Weimar, Tapezier, Rostock. 36. Karl Groth, Kreisleiter, Neukloster. 37. Konrad Geu, Lederarbeiter, Blievenstorf. 38. Robert Brinkmann, Amtshauptmann, Wismar. 39. Johann Sävert, Häusler, Satow. 40. Hermann Nevermann, Oberschaffner, Rostock. 41. R. Dietrich, Maurer, Ritzerow. 42. Heirich Wittfoth, Landarbeiter, Questin. 43. Friedrich Arfert, Geschäftsführer, Sternberg. 44. Kurt Zimmermann, Hilfsbahnarbeiter, Goldberg. 45. Alfred Starosson, Angestellter, Darguhn. 46. Albert Nordengrün, Kreisleiter, Grevesmühlen. 47. Ernst Timm, Zimmerer, Walschendorf. 48. Arnold Schneider, Gemeindesekretär, Brunshaupten. 49. Fritz Raßmann, Gemeindevorsteher, Rühn. 50. Richard Scheke, Kanzlist, Dobbertin. 51. Willi Jesse, Maschinenbauer, Rostock.

*

Nachdem noch über die zur Mecklenburger Politik gestellten Anträge abgestimmt war, wurde auf Vorschlag des Genossen Wolfradt der Punkt **Geschäfts- und Kassenbericht**, der gedruckt vorlag, wegen der vorgerückten Zeit von der Tagesordnung abgesetzt.

Die Wahl der Delegierten zum Reichsparteitag wird in diesem Jahre noch in der bisherigen Weise vorgenommen.

Mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie wurde der Parteitag vom Genossen Kröger geschlossen.

Amtlicher Teil

Fähre bei Dänischburg.

Für das nächtliche Uebersetzen über die Fähre bei Dänischburg sind 50 Goldpfennige zu zahlen.

Lübeck, den 14. Januar 1924. (10636

Das Polizeiamt.

Aufgebot.

Der Landmann Wilhelm Heinrich Hermann **Gerdiz** in Rönnau hat das Aufgebot beantragt zur Kraftloserklärung der Hypothekenbriefe über die im Grundbuch von Rönnau, Blatt 1 und 10 in Abteilung III, Nr. 9 und 11, bezw. 9 und 7 für den Antragsteller eingetragene Gesamthypotheken über 30 000.— bezw. 10 000.— Mark.

Der Inhaber der Urkunde wird aufgefordert, seine Rechnung spätestens in dem Termine

am 29. April 1924, vorm. 11½ Uhr,

anzumelden und die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls die Kraftloserklärung der Urkunden erfolgen wird.

Lübeck, den 9. Januar 1924. (10620

Das Amtsgericht, Abt. 6.

Durch Ausschlußurteil vom 8. Januar 1924 sind die

Inhaber-Aktien Nr. 43, 44, 91 und 92 der Riga-Lübecker Dampfschiffahrts-Gesellschaft in Lübeck über je 1500 Mk. nebst Talon- und Dividendenscheinen,

der Hypothekenbrief über die im Grundbuche von Lübeck, St. Lorenz Blatt 2544 in Abt. III unter Nr. 2 für den Lehrer a. D. Johannes Joachim Heinrich Oldenburg in Lübeck, eingetragene Hypothek über 5800 Mk. zu Lasten des Grundstücks Füchtingstraße Nr. 43,

der Hypothekenbrief über die im Grundbuche von Lübeck, St. Lorenz Blatt 442 in Abt. III unter Nr. 15 für den Gastwirt Friedrich Rittscher z. Zt. in Steinfeld eingetragene Hypothek über 40 200 Mark zu Lasten des Grundstücks Moislinger Allee 18a

für kraftlos erklärt. (10637

Lübeck, Amtsgericht 6.

Oeffentliche Versteigerung

nachstehend aufgeführter Gegenstand **Donnerstag, den 17. d. Mts.,** vorm. 11 Uhr, bei der Behörde von Travemünde: (10621

1 Kontrollkasse.

Gerichtsvollzieheramt.

Nichtamtlicher Teil

Deutscher **Verkehrsbund.** Ortsverwaltung Lübeck.

Nachruf.

Am 11. d. Mts. starb unser treuer Kollege, der Kohlenarbeiter (10626

Aug. Ahrens.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, dem 17. d. Mts., nachm. 2 Uhr, auf dem Vorwerker Friedhof statt.

Die Ortsverwaltung

Nach langem Leiden starb heute 4,15 Uhr morgens mein lieber Mann, unser lieber Vater, Schwieger- und Großvater

August Hensen

im 65. Lebensjahre.

In tiefer Trauer die Hinterbliebenen

Emma Hensen, geb. Traeger.

Lübeck, 16. 1. 1924. Hinter d. Burg 1 a, I.

Beerdigung 19. 1., 2 Uhr, Kapelle Vorwerk. (10641

Junge Frau sucht Reinmachestellen. (10633

Engelsgrube 8.

Montag, den 14. abends 7½ Uhr entschlief nach langen Leiden meine liebe Frau meiner Kinder liebe Mutter, Schwieger-, Groß- und Urgroßmutter

Wendla Schmidt

geb. **Karlson**

im 69. Lebensjahre.

Dies zeigt traurig an **H. Schmidt** (10635) u. Familie.

Beerdigung: Freitag 2¾ Uhr, Vorwerker Friedhofs-Kapelle.

Junges Mädchen sucht zum 1. April Stellung als

englische Korrespondentin.

Ang. unt. **C 590** an die Exp. d. Bl. (10627

Gr. weißer Emailleherd billig zu verkaufen. Maiblumenstraße 7, II. (10619)

Zu vk. e. P. Holzschuhe. Gr. 40, Preis 4 Mark. (10611) Stockelsdorf, Ahrensböcker Straße 58, I.

Verl. eine Elfenbeinbrosche (Hand). Abzugeben Auguststr. 23a I. (10625

258.

Wer alt Kaffee Quieta wählt, dem gute Laune niemals fehlt

(10585)

2-Stubenwohn. in der Stadt z. t., am liebsten W.-Mauer o. Kanalstr. Ang. u. C 588 a. d. Exp.

Sehr gut erhalt. Damenstiefel, Gr. 37, billig zu verkaufen. (10598 Loigny-straße 16 I.

Ehlers & Reetwisch

Holstenstr. 1. St. Petri 2-4.

Herren- und Damen-Konfektion Schuhwaren.

Das bekannt reelle Einkaufshaus für Arbeiter und jeden Beruf.

1025a

Bist Du

Arbeiter, Angestellter, Beamter, Handwerker, Kleingewerbetreibender, Kleinkaufmann, Sozialrentner, bist Du also kein Kapitalist, dann darfst Du auch nicht die Presse der

kapitalistischen Parteien

lesen, sondern Du mußt, eingedenk Deiner Zugehörigkeit zum Volke

das Blatt der werktätigen Bevölkerung,
das Blatt der wirtschaftlich Schwachen,
das Blatt der kleinen Existenzen,
das Blatt aller Unterdrückten u. Ausgebeuteten

mit einem Worte:

das Blatt der Nichtbesitzenden,

den

Lübecker Volksboten

unterstützen und lesen.

Abonniere deshalb sofort. Die Woche 55 Pf.

Inserate haben durchschlagenden Erfolg.